



6. Stadtratsprotokoll / 6^{ème} *procès-verbal du Conseil de ville*

Sitzung vom Donnerstag, 19. Mai 2011, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 19 mai 2011 à 18 heures

Ort: Stadtratssaal in der Burg
Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / *Présents:*

Olivier Ammann, Marc Arnold, Dana Augsburg-Brom, Niklaus Baltzer, Isabelle Blättler Schmid, Paul Blösch, Regula Bohnenblust, Andreas Bösch, Urs Brassel, Patrick Calegari, Barbara Chevallier, Pablo Donzé, Samantha Dunning, René Eschmann, Monique Esseiva, Pascal Fischer, Charlotte Garbani, Pierre-Yves Grivel, Christoph Grupp, Nathan Güntensperger, Roland Gurtner, Hans Peter Habegger, Markus Habegger, Rudolf Habegger, Daniel Hügli, Peter Isler, Caroline Jean-Quartier, Stefan Kaufmann, Hans Ulrich Köhli, Thomas Lachat, Fiorella Linder, Christian Löffel, Claire Magnin, Ali Menekse, Franziska Molina, Michèle Morier-Genoud, Peter Moser, Cédric Némitz, Alain Nicati, Pierre Ogi, Maurice Paronitti, Alain Pichard, Hugo Rindlisbacher, Daphné Rüfenacht, Martin Rüfenacht, Martin Scherrer, Béatrice Sermet, Fatima Simon, Heidi Stöckli Schwarzen, Salome Strobel, Daniel Suter, Andreas Sutter, Ali Sylejmani, Anna Tanner, Martin Wiederkehr, Wiher Max

Entschuldigt / *Absence(s) excusée(s):*

Samuel Grünenwald, Werner Hadorn, Peter Mischler, Ariane Tonon

Vertretung des Gemeinderates / *Représentation du Conseil municipal:*

Stadtpräsident Erich Fehr

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte François Contini, Hubert Klopfenstein, Teres Liechti Gertsch, Pierre-Yves Moeschler, René Schlauri, Barbara Schwickert, Silvia Steidle

Entschuldigt Gemeinderat / *Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:*

-

Vorsitz / *Présidence:*

Herr Stadtratspräsident Thomas Lachat

Sekretariat / *Secrétariat:*

Regula Klemmer, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / <i>Affaires traitées</i>	Seite/Page
80. Genehmigung der Traktandenliste	256
81. Mitteilungen Stadtratsbüro	256
82. 20110051 Ernennung des Vize-Stadtschreibers	256
83. Überparteiliche dringliche Motion 20100301, Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP, "Untersuchung der Vorkommnisse im Erwachsenen- und Jugendschutz" und überparteiliche Interpellation 20100304, Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP, "Vorkommnisse beim Erwachsenen- und Jugendschutz"	259
84. Überparteiliche dringliche Interpellation 20100304, Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP, "Vorkommnisse beim Erwachsenen- und Jugendschutz"	259
85. Dringliche Motion 20100040, Isabelle Blättler, Fatima Simon, Ariane Tonon, Fraktion Grüne, "Dringliche Umsetzung eines Konzepts zur Frühförderung"	270
86. Dringliche Interpellation 20110042, Ariane Tonon, Fraktion Grüne, "Praktikantinnen und Praktikanten in den Bieler Kindergärten"	275
87. Interpellation 20100347, Nathan Güntensperger, GLP, "Verhältnis Verwaltungsstellen, Dienstleistungsstellen, Stellentotal nach Direktionen"	276
88. Postulat 20100307, Dana Augsburg-Brom, Fraktion SP, "Bestandesaufnahme der Sportlektionen und der dazu zur Verfügung stehenden Turnhallen"	278
89. Postulat 20100308, GPK, "Zukunft der Bieler APH: Welche Rechtsform ab 2011?"	279
90. Motion 20100306, Pablo Donzé, Fraktion Grüne Biel, "Begrünte Dächer für die neuen Siedlungen mit Flachdächern"	282
91. Postulat 20100310, Teres Liechti Gertsch, Fraktion SP, "Kampf dem illegalen Müll"	282
92. Interpellation 20110048, Hans Ulrich Köhli, GLP, "Hauslieferdienst Biel"	287
93. Neueingänge	291

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich begrüsse den Stadtrat und alle Anwesenden zur ersten Sitzung im neuen, alten Stadtratssaal. Zu Beginn der Sitzung möchte ich dem Ratssekretariat, insbesondere der Ratssekretärin, herzlich für den grossen Einsatz und ihre Bemühungen danken, die nötig waren, damit der Stadtrat heute seine Sitzung hier abhalten kann. Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass die Audioanlage nicht optimal funktioniert. Sollte es also zu einer technischen Panne kommen, muss die Sitzung abgebrochen werden, da das Protokoll ohne Aufzeichnung nicht erstellt werden kann. Ich hoffe aber, dass alles gut geht. Wie angekündigt, dauert die heutige Sitzung nur bis ungefähr 21.00 Uhr. Danach findet zur Feier des Wiedereinzugs in die Burg ein Apéro statt.

Auf den Tischen liegen folgende Unterlagen auf:

- Geschenk des Altstadtleists an den Stadtrat zum Wiedereinzug in die Burg
- Festflyer mit Einladung zum Robifest vom 21. Mai 2011 und Jahresprogramm des Vereins pro Robinsonspielplatz Mett (Robi-Info Nr. 11)
- Jahresbericht 2010 Spitex Biel-Bienne
- Jahresbericht 2010 Landschaftswerk Biel-Seeland
- Flyer Pilotprojekt Jugendparlament, Einladung zur Infoveranstaltung vom 28. Mai 2011
- Flyer Rundgang StattGewalt der Abteilung öffentliche Sicherheit und Bevölkerung

Bevor die Sitzung mit den offiziellen Traktanden beginnt, möchte ich René Schlauri als Vertreter des Altstadtleists das Wort erteilen.

Schlauri René, Vertreter Altstadtleist: Wenn sich Möglichkeit und Wille paaren, entsteht Wirklichkeit... Vor 20 Monaten, im August 2009 musste der Stadtrat diesen ehrwürdigen Stadtratssaal wegen Umbauarbeiten verlassen. Sicher war dies ein nötiger und unumgänglicher Schritt. Der lange Auszug des Parlaments aus den Altstadtmauern hinterliess spürbare Lücken in der Belebung der Altstadt. Umsomehr freut es den Altstadtleist, dass das Parlament nun wieder im altbekannten Stadtratssaal tagt, politisiert und parliert. Seit es ein Bieler Parlament gibt war es so, dass in der Altstadt die Zukunft der ganzen Stadt mitgestaltet und -geprägt wurde. Dies soll auch weiterhin so bleiben. Die Bieler Altstadt braucht diese Belebung und weiss sie zu schätzen. Als Willkommensgeschenk und als Dank für den geäusserten Willen, die Tradition eines Stadtratssaals in der Altstadt weiterzuführen, verteilt der Altstadtleist den Stadtratsmitgliedern ein süsses Präsent. Die drei Pralinen wurden natürlich auch in der Altstadt hergestellt und setzen ein Zeichen für alle innovativen Geister, die man immer wieder im schönsten Bieler Stadtteil vorfindet. Der Altstadtleist ist stolz auf die politische Arena und wünscht dem ganzen Parlament einen guten Neustart und weiterhin viele weise Entscheide zum Wohle unserer Stadt.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Da Herr Grünenwald krankheitshalber noch immer abwesend ist, muss ein Ersatzstimmzähler gewählt werden. Ich wünsche Herrn Grünenwald auf diesem Weg gute Besserung.

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Die Fraktion Forum schlägt als Ersatzstimmzähler Herrn Daniel Suter vor.

Abstimmung

Auf Vorschlag der Fraktion Forum wird

Herr Daniel Suter als Ersatzstimmzähler gewählt.

80. Genehmigung der Traktandenliste

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich schlage vor, die überparteiliche dringliche Motion 20100301, Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP, "Untersuchung der Vorkommnisse im Erwachsenen- und Jugendschutz" und die überparteiliche dringliche Interpellation 20100304, Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP, "Vorkommnisse beim Erwachsenen- und Jugendschutz" gemeinsam zu behandeln. Inhaltlich sind beide Traktanden sehr ähnlich, so dass es bei einer getrennten Behandlung vermutlich zu vielen Wiederholungen käme.

Die Traktandenliste wird vom Stadtrat stillschweigend genehmigt.

81. Mitteilungen Stadtratsbüro

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 12. Mai 2011 die folgenden Abrechnungen von Verpflichtungskrediten der Bau- und Finanzdirektion in eigener Kompetenz und einstimmig genehmigt:

- 19950456 Hafen Bielersee-Schiffahrts-Gesellschaft (BSG) / Beton – Pfahlsanierung
- 20030440 Migration Microsoft.

82. 20110051 Ernennung des Vize-Stadtschreibers

Bösch Andreas, GPK: Die GPK erhielt Einsicht in Herrn Steiners Bewerbungsunterlagen und prüfte diese eingehend. Sie hatte jedoch keine Einsicht in die Dossiers der anderen Kandidierenden. Dementsprechend kann sie sich nicht über die Details des Auswahlverfahrens äussern. Mit Herrn Steiner schlägt der Gemeinderat einen Kandidaten mit ausgewiesenen Kommunikationskompetenzen vor. Ich gehe davon aus, dass sich die Mitglieder des Stadtrats im Rahmen seiner Besuche bei den Fraktionen ein Bild von seiner Ausbildung und seines beruflichen Werdegangs machen konnten. Wie im Bericht erwähnt, steht die Wahl eines Kommunikationsexperten im Zusammenhang mit einer Neuausrichtung des Stellenprofils des Vize-Stadtschreibers. Für die GPK ist klar, dass die Leitung Stadtkanzlei nicht zwingend von zwei JuristInnen besetzt sein muss. Ohne Zweifel muss aber zumindest eine der beiden Personen über fundierte juristische Kenntnisse verfügen und die andere muss sich diese Kenntnisse aneignen. So kann sich die GPK hinter die Neuausrichtung des Stellen-

profils stellen und folgerichtig auch hinter die Wahl eines Kommunikationsexperten als Vize-Stadtschreiber.

Eine Bemerkung möchte die GPK jedoch anbringen: Im Verlauf ihrer Besuche bei verschiedenen Abteilungen der Stadt stellte die GPK fest, dass vor allem in den höheren Lohnklassen der prozentuale Anteil an Romands eher niedrig ist. Dies, obwohl Bemühungen unternommen wurden, dies zu ändern. Im vorliegenden Fall fruchteten diese Bemühungen jedoch und eine qualifizierte Person französischer Muttersprache, aber mit ausgewiesenen Deutschkenntnissen, konnte gefunden werden. Die GPK empfiehlt Ihnen einstimmig die Ernennung von Herrn Steiner.

Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne: Le Groupe des Verts a également auditionné Monsieur Steiner et il soutiendra cette candidature. Monsieur Steiner a un certain nombre de qualités. Il est francophone et jeune. Le Groupe des Verts soutient également la proposition du Conseil municipal, de développer la communication extérieure et Monsieur Steiner a également de l'expérience dans ce domaine, étant donné qu'il a exercé la fonction de journaliste.

Calegari Patrick, Fraktion BVP plus: Auch die Fraktion BVP plus hat Herrn Steiner empfangen dürfen. Seine Kandidatur ist für die Fraktion BVP super, entspricht sie doch dem geforderten Profil. Herr Steiner hat unsere Akzeptanz und Unterstützung. Die Fraktion BVP plus wünscht ihm bei der Ausübung seiner neuen Arbeit viel Freude und Erfolg. Sie hofft, dass er der Stadt längere Zeit treu bleibt. Er ist ja ein waschechter Bieler - was will man mehr?

Némitz Cédric, au nom du Groupe socialiste: L'Administration de notre Ville a besoin de forces renouvelées et de compétences aussi diverses que possible. La candidature de Julien Steiner nous offre les deux: le dynamisme d'une personnalité jeune et des compétences en matière de communication et d'information. Ses compétences seront très utiles au travail de la Chancellerie. Il faut souligner, que son profil complète très bien le profil de la Chancelière. Ensuite, j'ajoute une petite remarque, qui ne gêne rien: cela permet à un biennois, parti faire ses études ailleurs, de trouver un débouché professionnel dans la Ville qui l'a vu naître. Le Groupe socialiste soutient sans réserve la candidature de Julien Steiner au poste de Vice-chancelier.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Einleitend möchte ich sagen, dass ich mich sehr darüber freue, dass die heutige Sitzung wieder in der Burg stattfinden kann. Der Saal gefällt mir sehr gut, ich finde ihn als stimmiges Ambiente für Parlament und Gemeinderat.

Ich danke dem Stadtratsbüro und dem Ratssekretariat für ihre Flexibilität, was die Traktandierung dieses Geschäfts anbelangt. Am Datum des Versands war es trotz Vorankündigung noch nicht ganz parat. Die Schwierigkeit war, dass ein normales Auswahlverfahren mit Ausschreibung, Vorstellungsgesprächen erfolgen musste und anschliessend aber auch noch eine Gemeinderats- und Stadtratdebatte. Dieses Verfahren nimmt viel Zeit in Anspruch. Der ausgewählte Kandidat hat überdies eine Kündigungsfrist von drei Monaten bei seinem aktuellen Arbeitgeber. Kann das Verfahren nicht beschleunigt werden, würde die Stelle länger vakant bleiben als nötig. Dadurch, dass das Geschäft aber heute im Stadtrat behandelt werden kann und nicht erst im

Juni, kann ein Monat für die Wiederbesetzung dieser Stelle gewonnen werden. Dafür danke ich namens des Gemeinderats.

Für mich ist klar, dass mit Herrn Steiner ein sehr guter Kandidat gefunden werden konnte. Es freut mich, dass der Stadtrat diese Meinung teilt. Das Auswahlverfahren verlief ganz normal mit Bewerbungseingang und Vorselektion durch ein Komitee aus Gemeinderat und Personalchefin. Sieben Bewerbende wurden zum Vorstellungsgespräch eingeladen. Zwei kamen in die zweite Auswahl, wobei sich Herr Steiner aus den im Dossier erwähnten Gründen durchsetzte. Der Gemeinderat entschied sich für ein neues Stellenprofil des Vize-Stadtschreibers. Darin wird die Kommunikation stärker gewichtet. Konkret geht es darum, die Kommunikation aus Gemeinderat und Stadtverwaltung qualitativ zu verbessern. Auch sollen gewisse regelmässige Standards durchgesetzt werden. Es ist aber nicht die Idee, einen Regierungssprecher anzustellen, Herr Steiner ist also nicht Sprecher des Gemeinderats. Vielmehr soll er die Kommunikation des Gemeinderats unterstützen und koordinieren. Dort wird er auch Richtlinien vorgeben können. Besonders durch seine Erfahrungen als Journalist wird er gewisse qualitative Verbesserungen erzielen können. Wie gesagt, kann die Stadt auch mit nur einer juristisch ausgebildeten Person in der Stadtkanzlei gut geführt werden. Als ehemalige Regierungsstatthalterin ist die Stadtschreiberin eine erfahrene Juristin. Herr Steiner als Vize-Stadtschreiber wird neben der Kommunikation auch die Wahlen und Abstimmungen begleiten. In diesem Bereich darf nichts schief laufen, denn wenn etwas nicht funktioniert, entstehen der Stadt Probleme. Es ist deshalb wichtig, jemanden anzustellen, der ein Flair für die Verwaltung hat. Herr Steiner macht im Moment eine Nachdiplomausbildung mit einem Master in Verwaltungsführung. Herr Steiner ist gebürtiger Bieler und Romand. Damit reichte er klar die den Gemeinderat am meisten überzeugende Kandidatur ein, hinter welcher der Gemeinderat auch stehen kann. Ich danke für die Unterstützung.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 29. April 2011, gestützt auf Art. 41, Abs. 6 der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Herr Julien Steiner, geboren 1978, wohnhaft in Biel, wird per 1. September 2011 zum Vize-Stadtschreiber ernannt.
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, den entsprechenden Anstellungsvertrag abzuschliessen.

Steiner Julien, neuer Vize-Stadtschreiber: Je vous remercie infiniment pour cette élection. Ich danke Ihnen allen ganz herzlich für die Wahl und je vous promets de faire le mieux dans cette nouvelle fonction, que j'entamerai le 1^{er} septembre 2011. Je me réjouis de collaborer avec vous et de travailler au mieux pour la Ville de Bienne. Merci!

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich gratuliere Herrn Steiner herzlich zu seiner Wahl und wünsche ihm alles Gute.

83. Überparteiliche dringliche Motion 20100301, Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP, "Untersuchung der Vorkommnisse im Erwachsenen- und Jugendschutz"

und

überparteiliche Interpellation 20100304, Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP, "Vorkommnisse beim Erwachsenen- und Jugendschutz"

(Text der überparteilichen dringlichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1, Text der überparteilichen dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die überparteiliche dringliche Motion erheblich zu erklären. Die Interpellierenden sind von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Wiher Max, Fraktion GLP: Ich möchte es vorwegnehmen: von der Beantwortung der Interpellation ist die Fraktion GLP befriedigt. Mein Votum bezieht sich deshalb nur auf die Motion. Die Fraktion GLP dankt dem Gemeinderat für seine Antwort. Sie war sehr erstaunt über die Aussagen des Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektors anlässlich der letzten Pressekonferenz zum EJS (Erwachsenen- und Jugendschutz). Seine Aussage, er sei überrascht über die Missstände in seiner Abteilung steht im Widerspruch zu den der Fraktion GLP vorliegenden Dokumenten, die belegen, dass Herr Moeschler schon seit Jahren davon wusste. An der selben Pressekonferenz sagte Herr Moeschler, der Mobbingvorwurf habe widerlegt werden können. Der hinzugezogene Experte, Herr Steiner, sagte hingegen, ob der Mobbingvorwurf wahr oder unwahr sei, könne nicht gesagt werden, weil dies nicht Gegenstand der Untersuchungen gewesen sei. Umso mehr begrüsst die Fraktion GLP, dass die operative Verantwortung gemäss Bericht Langenegger inzwischen wahrgenommen wurde. Dadurch können die Angestellten heute hoffentlich wieder beruhigter und motivierter arbeiten. Dieses Anliegen teilt die Fraktion GLP mit Herrn Baltzer, nicht aber, dass nun der Mantel des Schweigens über die Untersuchung Steiner gelegt werden soll. Die Fraktion GLP fordert, dass nach der operativen auch die politische Verantwortung geklärt wird. Es geht dabei nicht um die Person des Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektors, sondern um das Vertrauen in die politische Kontrolle. Dieses, so empfindet es die Fraktion GLP, ist zutiefst erschüttert. Die Klärung der Fragen, wer wann wovon wusste und warum nicht gehandelt wurde, ist deshalb wichtig, weil die Angestellten unserer Stadt wissen müssen, ob sie im Falle eines Konflikts mit Vorgesetzten darauf zählen können, dass ihre Beschwerden ernsthaft und unvoreingenommen geprüft werden. Im letzten Abschnitt der Antwort des Gemeinderats steht: *"... wird der Gemeinderat selbstverständlich auch den Gesamtstadtrat sowie die Öffentlichkeit in geeigneter Form über die Ergebnisse und Konsequenzen der Untersuchungen (ich betone: Untersuchungen) informieren."* Genau dies fordert die Fraktion GLP nun: dass die Ergebnisse der Untersuchung Steiner ohne die darin enthaltenen Aussagen der Betroffenen bekannt gemacht werden. Werter Gemeinderat, bis wann wird dem Stadtrat dieser Bericht in geeigneter Form und unter Wahrung des Persönlichkeitsschutzes vorliegen?

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Die Fraktion Forum dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der beiden Vorstösse. Die Interpellanten sind von der Beantwortung der Interpellation befriedigt. Im Oktober 2010 wurde die dringliche Motion eingereicht. Heute, sieben Monate später und nach etlichen Verschiebungen liegen die Berichte, die in der Motion gefordert werden, vor. Die Motion könnte also als erfüllt abgeschrieben werden. Ein wichtiges Anliegen der Motion ist aber noch nicht erfüllt, es sei nämlich dem Stadtrat auch noch in geeigneter Form Bericht zu erstatten. Mittlerweile wurde ein Damenopfer gemacht, das ist bekannt. Die Fraktion Forum würde es aber interessieren, ob aus der ganzen Geschichte Konsequenzen gezogen wurden und wenn ja, welche? Ich finde es bedenklich, dass es einen dermassen grossen Druck seitens der Medien und Politik braucht, bis solche Untersuchungen erfolgen. Spätestens nach dem ersten Zeitungsartikel hätte die politische Führung der Direktion aktiv werden und hinstehen müssen. Im vorliegenden Fall geschah aber nichts. Es kam mir vor wie bei den chinesischen Affen: man sieht, hört und sagt nichts. Dieses Verhalten wirkte suboptimal. Für mich persönlich zeugt dies von einer eklatanten Führungsschwäche in dieser Direktion, wobei diese Meinung von der Fraktion Forum geteilt wird. Ob die Motion in allen Punkten erfüllt ist, kann erst beurteilt werden, wenn der Stadtrat informiert wird. Deshalb möchte ich wissen, wann und in welcher Form die Information an den Stadtrat erfolgen wird. Im Bericht steht, der Gemeinderat fasse sich im ersten Quartal 2011 mit den Untersuchungsberichten.

Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne: Le Département de la protection de la jeunesse et des adultes (DPJA) a occupé les Autorités, les médias et le Conseil de ville depuis de nombreux mois. Deux enquêtes ont été menées et des mesures ont été prises. Le Groupe des Verts espère que la situation va se stabiliser. J'aimerais quand même rappeler, que ce service est chroniquement surchargé. Les besoins en matière de soutien et de suivi, en particulier pour les jeunes et les enfants, se multiplient. Les conditions de travail sont un élément important pour le climat de travail. En tant que syndicaliste, je sais que des situations de malaise durent souvent des années, avant que des mesures soient prises. Ceci entraîne des démissions, des arrêts maladie et des pertes de compétences et de ressources. Il est important, que dans un tel service, un socle solide de travailleurs et de travailleuses expérimenté(e)s reste stable, afin que les connaissances et l'expérience puissent profiter tant aux usagers qu'au personnel plus jeune, qui doit construire son expérience.

Des directives concernant les conflits de travail sont prévues dans le Règlement du personnel. Mais, peut-être sont-elles insuffisantes pour prévenir les dégradations des situations sur une période assez longue. C'est pour cette raison, que le Groupe des Verts a déposé une interpellation demandant plus d'informations concernant non seulement les litiges, mais ce qui les précède. En effet, pour nous, il s'agit de mettre en place un politique non seulement de surveillance, mais aussi de prévention de telles situations et aussi d'écoute du personnel. Le Groupe des Verts pose également la question: quand le Conseil de ville sera-t-il informé de cette situation en détail?

Arnold Marc, Fraktion SP: Die Fraktion SP begrüsst die sehr detaillierte und kompetente Antwort des Gemeinderats. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass es dabei um ein sehr heikles Thema geht. Es ist klar ersichtlich, dass es dem Gemeinderat ein grosses Anliegen ist, die angeblichen Missstände im EJS (dem früheren Vormundschaftsamt) und bei der Vormundschaftskommission zu analysieren und mittels Massnahmen das korrekte Funktionieren und das Vertrauen in den EJS (Erwachse-

nen- und Jugendschutz) und die Vormundschaftskommission wiederherzustellen. Die Fraktion SP hofft, dass die im Bericht erwähnte Anonymität für alle involvierten und auch nicht involvierten Personen garantiert ist. Weiter hofft die Fraktion SP, dass solche und ähnliche Vorkommnisse künftig in allen Abteilungen der Stadtverwaltung früher Gehör finden und somit auch rascher und den Umständen entsprechend reagiert werden kann. Die Fraktion SP ist mit der Erheblicherklärung der Motion einverstanden.

Rüfenacht Martin, GPK: Aufmerksam, mit grosser Sorge und viel Geduld sowie möglichst sachlich und ohne Polemik begleitete die GPK dieses Geschäft, respektive das Geschehen und die Vorfälle rund um die Abteilung EJS (Erwachsenen- und Jugendschutz). Sie beobachtete, versuchte aber auch, proaktiv auf gewisse Prozesse einzuwirken. Es war nicht immer einfach, sich Gehör zu verschaffen. Letztendlich klappte es aber doch. Die GPK lernte daraus, dass es nichts bringt, mit einzelnen Gemeinderatsmitgliedern das Gespräch zu suchen weshalb sie begann, den Gesamtgemeinderat anzuschreiben. Seit geraumer Zeit wirkt sich dieses Vorgehen positiver aus. Der GPK geht aber die ganze Informations- und Führungspolitik gegenüber den Mitarbeitenden zu langsam. Sie hat daher dem Gemeinderat geschrieben und erwartet vom Gemeinderat nächste Woche eine Antwort. Im August 2010 wurde das Thema EJS erstmals in den Medien publik. Seither ist der EJS ein ständiges Traktandum der GPK-Sitzungen und beschäftigt die GPK-Mitglieder wöchentlich. Ende Februar 2011 wurde ein Damenopfer, ich nenne es nun mal so, gemacht. Bei einem solchen Entscheid braucht es einen Chef vor Ort. Wo ist der Feuerwehrkommandant, wenn es brennt? Er ist vor Ort. Wo ist der Trainer der Fussballmannschaft? Er ist auf dem Platz. Ausserordentliche Situationen erfordern ausserordentliche Massnahmen. In diesem Sinn hegt die GPK Erwartungen. Sie wartet gespannt auf die Stellungnahme des Gemeinderats von nächster Woche und behält sich entsprechend Massnahmen vor.

Pichard Alain, GLP: Ich weiss nicht, ob sich der Stadtrat daran erinnert, dass ich bereits an der Stadtratssitzung vom 22. Oktober 2009 gewagt habe, auf gewisse - sagen wir einmal Ungereimtheiten im EJS (Erwachsenen- und Jugendschutz) aufmerksam zu machen. Ich mahnte an, die Vorgänge und Abläufe im EJS zu untersuchen, bevor neue Stellen geschaffen werden. Was musste ich mir damals alles anhören! Es wurde gesagt, ich solle aufhören, immer nur Einzelfälle anzuführen. Herr Gurtner sagte, ich solle mich doch einmal mit der Amtsleiterin an einen Tisch setzen. Sie habe grosse Kompetenz und führe den EJS mit grossem menschlichen Engagement. Nun wurde aber das Damenopfer erbracht, Her Gurtner, die Leiterin des EJS ist weg, die Hexe verbrannt! Herr Baltzer sagt, man müsse nun weitersehen. Ist es wirklich das, was der Stadtrat nun tun kann?! Das kann doch nicht wahr sein! Ich appelliere an alle Feministinnen der ersten Stunde: Es kann doch nicht sein, dass eine Frau in die Wüste geschickt und dann genau gleich weitergemacht wird! Herrn Gurtner, ich kann Ihnen versichern, dass ich diese Frau kannte. Die Lehrerschaft merkte schon seit langem, dass im EJS nicht alles rund läuft. Jedesmal, wenn etwas nicht richtig lief, rief jemand die Leiterin des EJS an. Danach lief Vieles besser. Zwischen Lehrerschaft und Leiterin EJS bestand also keine Feindschaft, das möchte ich hier festhalten. Umso mehr bin ich erstaunt, dass die Leiterin EJS die Verwaltung verlassen musste. Ohne die regionale Presse wären diese Missstände nie ans Licht gekommen! Die Untersuchungen wurden gar nur dank der Presseberichte eingeleitet! Ohne diese, wären die Missstände nie bekannt geworden und auch dies nur, weil

verzweifelte Mitarbeitende nicht mehr anders weiter wussten. Was erfährt man nun am Tag der ersten Veröffentlichung dieser Missstände in der Presse vom Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektor?! "*Ich habe nichts gewusst. Aucun contact a eu lieu.*" Als die Resultate der Untersuchung veröffentlicht wurden, wiederholte er nochmals, er habe nichts davon gewusst, er sei enttäuscht von seinen EJS-Mitarbeitenden, sie hätten doch vorher zu ihm kommen können, wie dies unter Erwachsenen normalerweise üblich sei.

Das hätte der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektor nicht sagen sollen! Danach war natürlich Feuer im Dach und ich und andere wurden dokumentiert: Bereits am 1. Oktober 2006 bekam der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektor eine dreiseitige Aufsichtsbeschwerde! Darauf erfolgte keine Reaktion. Danach wurde aber die Beschwerdeführerin - ich vertrete nun klar ihre Sichtweise - komplett demoliert. Am 16. April brach sie zusammen, liess sich krank schreiben und kündigte per Juli 2008 und lebt nun von einer sehr beschränkten Pensionsrente. Dennoch nahm sie nochmals alle ihre Kraft zusammen und reichte am 20. Juli 2008 erneut eine Klage - diesmal gegen ihre Dienstchefin - zuhanden von Herrn Moeschler ein. In den zwei Jahren zwischen 2006 und 2008 wurde die Beschwerdeführerin nie von Herrn Moeschler kontaktiert. Erst ganz am Schluss, als sie ging, verabschiedete er sich von ihr. Es kommt aber noch besser: Gestern sagte mir ein Dienstleiter, dass er Herrn Moeschler seit 2008 ausführlichstens über die Vorgänge im EJS aufgeklärt habe. Ich kann nur eins sagen: Der Bericht Steiner muss nicht veröffentlicht werden. Allein was ich schon alles gehört habe, lässt mich sicher sein Frau Magnin, dass weder Reglemente noch ein Budget-Gendering etwas an diesen Zuständen ändern werden. Meines Erachtens müssten die Verantwortlichen hinstehen. Was ich gehört habe - einmal unabhängig von der Schuldfrage - ist nicht nur schlimm und eine Schande für die ganze Verwaltung sondern auch echt grauenhaft. Stimmt nur ansatzweise, was ich gehört habe, ist es haarsträubend! Da muss man einfach polemisch werden, so leid es mir tut, denn ich bin empört! Empört über die Art und Weise, wie weiter vorgegangen werden soll! Herr Bologna erwähnte im Journal du Jura gegenüber dem Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektor, dass die besagten Dokumente ja vorlägen. Erst dann erinnerte sich der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektor plötzlich daran, was ich den Gipfel finde! Es habe sich aber bei der Beschwerdeführerin um eine Frau gehandelt, die grosse persönliche Probleme habe. Beim anderen dokumentierten Fall, habe sich der Mitarbeiter einfach nicht anpassen können, ich zitiere "*...difficultés avec des personnes dans ses relations avec ses supérieurs hiérarchiques...*" und "*...les causes de ces conflits sont complexes et liées à ces personnes.*" Diese vorgängig erwähnte mutige Frau hat noch Ihre Diplomarbeit korrigiert, Herr Arnold, und Ihr Vater lobte sie als tüchtige Mitarbeiterin in den höchsten Tönen. Es sollte ihr eine Lektion erteilt werden, weil sie sich gegen die Hierarchien wehrte! ...

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: ... Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Pichard.

Pichard Alain, GLP: ...Ich werde nochmal ans Renderpult kommen...

Fehr Erich, Stadtpräsident: Die Tatsache, dass der Stadtpräsident zu diesem Thema spricht zeigt, dass der Gesamtgemeinderat diese Angelegenheit sehr ernst nimmt. Ich habe allerdings zwei Vorbemerkungen: die beiden vorliegenden Vorstösse sind die letzte Chance, nochmals ein Dokument mit der Unterschrift meines Vorgängers zu sehen. Das zeigt auch, wie alt die Papiere sind. Die Antworten wurden im

Dezember 2010 verfasst. Damals lagen noch keine Untersuchungsergebnisse vor und es war noch unklar, welche Schlüsse der Gemeinderat ziehen würde. Deshalb sind die Antworten an sich heute natürlich nicht mehr aktuell, denn heute wissen wir alle viel mehr. Das ist wichtig für die Beurteilung der vorliegenden Antworten.

Die erwähnten Vorfälle und die daraus entstandenen Probleme sind in jeder Hinsicht unerfreulich. Berücksichtigt man die entstandenen Polemiken und Diskussionen und den Umstand, dass am Schluss gar Mitarbeitende ihre Stelle verlassen mussten, kann unter dem Strich niemand glücklich sein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dieses Geschäft irgend jemanden befriedigt. Es muss sicher auch gesagt werden, dass man im Nachhinein immer gescheiter ist. Die damalige und die heutige Interpretation der Vorgänge, können im Licht der heute vorliegenden Erkenntnisse nicht mehr gleich sein. Das ist eine Tatsache, die kritisiert und angeprangert werden kann. Aber gerade durch diese Entwicklungen und Erkenntnisse wissen heute alle mehr und es ist klar, dass diese Geschichte einen sehr unglücklichen und alles andere als zufriedenstellenden Verlauf nahm. Es muss aber auch Vieles relativiert werden: Es stimmt beispielsweise nicht, dass bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag nichts unternommen wurde. Bereits im Verlauf des letzten Jahres führte dieses Geschäft im Gemeinderat zu Diskussionen. In einem ersten Schritt und in korrekter Wahrnehmung seiner Verantwortlichkeit, gab der zuständige Direktor der BSK (Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion) die Untersuchung Steiner in Auftrag. Von Seiten der Direktion, aber in Kenntnis des Gesamtgemeinderats, wurde damit begonnen, die aufgebrachten Vorwürfe zu untersuchen, was völlig korrekt ist. Daraufhin wurden neue Vorwürfe laut, insbesondere wurde eine Beschwerde an Gemeinderat und Regierungsstatthalter eingereicht. Daraufhin beschloss der Gemeinderat in einem zweiten Schritt, neben der laufenden Untersuchung Steiner zusammen mit dem Regierungsstatthalter eine weitere Untersuchung bei den Herren Leutenegger und Jäggi in Auftrag zu geben. Die beiden Untersuchungen hatten nicht den selben Fokus, wenn auch die behandelten Themen Zusammenhänge aufweisen. Deshalb entschied der Gemeinderat in Absprache mit dem zuständigen BSK Direktor, dass die Abgabe und Beurteilung der beiden Berichte gleichzeitig erfolgen soll. Der Bericht Langengger/Jäggi fokussierte ja primär auf die strukturellen Fragen, also auf die Zusammenarbeit zwischen Vormundschaftsbehörde und der ihr zudienenden Abteilung EJS (Erwachsenen- und Jugendschutz). Obwohl auch im Bericht Langenegger/Jäggi am Rand zwischenmenschliche Probleme in der Zusammenarbeit erwähnt wurden, ging es primär um strukturelle Fragen, weshalb dieser Bericht auch veröffentlicht wurde. Die Umsetzung der darin geforderten Massnahmen ist im Moment im Gang.

Der Bericht Steiner hingegen befasste sich demgegenüber klar mit dem Arbeitsklima in der Abteilung EJS. Dieser Bericht vermochte den Mobbingvorwurf klar zu widerlegen, das muss ich hier ganz klar sagen. Trotz Untersuchung der Mobbingvorwürfe zeigte das Untersuchungsergebnis des Experten auf, dass der Vorwurf nicht erhärtet werden kann. Es gab aber atmosphärische Störungen und zwischenmenschliche Probleme in der Zusammenarbeit. Der Nachweis, dass diese unter die Definition von Mobbing fallen, konnte aber nicht erbracht werden. Es stellte sich daher die Frage, wie mit diesem gestörten Vertrauensverhältnis umzugehen ist. Zu diesem Zeitpunkt wurde entschieden, sich von der Abteilungsleiterin zu trennen. Ich möchte an dieser Stelle anmerken, dass dies insbesondere für die betroffene Person, aber auch für die Abteilung einen sehr, sehr gravierenden Schritt darstellte. Denn dadurch wurde deutlich, dass eine Veränderung notwendig ist, damit das Vertrauen wiederhergestellt und

der ordentliche Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Es scheint mir wichtig, dass man sich dies vor Augen führt: Es ist nicht gar nichts geschehen, die Konsequenzen aus der Untersuchung waren vielmehr für einzelne Beteiligte äusserst gravierend!

Wo steht dieses Dossier nun? Der Gemeinderat verfolgt dieses Geschäft aktiv, wobei die Verantwortung selbstverständlich beim zuständigen Direktor liegt, wie dies der GPK-Sprecher auch erwähnte. Im Moment laufen die Umsetzungsarbeiten innerhalb der Abteilung. Es sollen wieder Führungsstrukturen aufgebaut werden und damit einhergehend auch das gegenseitige Vertrauen. Diesbezüglich darf aber der Stadtrat keine Wunder erwarten. Wenn es in einer Abteilung zu grossen Spannungen kam, braucht es eine gewisse Zeit, bis sich alles wieder normalisiert hat. Dies funktioniert insbesondere nicht sofort auf Knopfdruck. Tatsache ist aber auch, dass die Abteilungsleitung nach wie vor nicht besetzt ist. Aufgrunddessen sind die bisherige Abteilungsleiterin-Stellvertreterin und die mittleren Kader stärker gefordert. Auch sie müssen aber erst ihre Rolle finden, was ebenso eine gewisse Zeit und gegenseitige Toleranz zwischen Mitarbeitenden und Vorgesetzten braucht. Nur so kann Vertrauen geschaffen werden. Dieser Prozess braucht also Geduld und Zeit.

Zum Zweiten hat der Gemeinderat gilt es, die Abteilung generell und aus mehreren Blickwinkeln zu überprüfen. So muss geprüft werden, welche Veränderungen die Kantonalisierung der Vormundschaftsbehörde ab 2013 mit sich bringt und welche veränderten Anforderungen an die Abteilung EJS gestellt werden. Dabei handelt es sich also erneut um strukturelle Fragen. Der Gemeinderat legt Wert darauf, in einer von ihm noch zu genehmigenden Projektorganisation zu arbeiten, welche insbesondere Mitarbeitende aller Stufen umfasst. Dadurch erhofft sich der Gemeinderat einen Querblick zu erhalten und dadurch verschiedene Teilbereiche besser vernetzen zu können. Frau Magnin sagte zu Recht, dass die Abteilung EJS einer hohen Arbeitsbelastung aufweist. Es geht aber nicht nur um die Frage, ob ausreichend Mitarbeitende angestellt sind, sondern auch darum, ob Prozesse und Abläufe so organisiert sind, dass effizient gearbeitet werden kann. Eine sach- und zeitgerechte Bewältigung der Aufgaben ist nicht nur eine Frage der quantitativ zur Verfügung stehenden Ressourcen, sondern auch eine der Prozesse, Abläufe und des Zusammenspiels zwischen den verschiedenen Diensten. Diese Überprüfung läuft und braucht eine gewisse Zeit. Wunder gibt es auch hier keine.

Es wurde die Frage gestellt, wie der Stadtrat informiert wird. Der Gemeinderat beantragt, die Motion erheblich zu erklären und der Stadtrat kann sich damit einverstanden erklären. Abgeschrieben werden kann die Motion aber nur, wenn spätestens dann umfassend Bericht erstattet wird. Der richtige Zeitpunkt ist also die Abschreibung des Vorstosses. Es ist mir aber auch wichtig zu erwähnen, dass viele Elemente dieses Geschäfts mit Personen zu tun haben und in gewissen Bereichen der Persönlichkeitsschutz tangiert wird. Deshalb wird nicht jedes Detail in der Öffentlichkeit ausbreitet werden können. Dies würde der Abteilung übrigens auch nicht helfen, wieder Tritt zu fassen. Der Stadtrat hat aber 7 Mitglieder der GPK bestimmt, die weitergehende Einsichtsrechte haben. An dieser Stelle möchte ich der GPK auch für die konstruktive Zusammenarbeit danken. Ich habe Verständnis dafür, dass die Kommission Druck aufsetzt und erwartet, dass sich der Gesamtgemeinderat einbringt. Ich bin aber der Meinung, dass die vorhandenen Probleme in einem konstruktiven Dialog gelöst werden können. Polemisieren und Dramatisieren hilft letztendlich niemandem.

Nun zu den verschiedenen aufgeworfenen Fragen:

Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass der Bericht Steiner nicht veröffentlicht werden soll. Wenn der Bericht so stark anonymisiert wird, damit der Persönlichkeitsschutz gewahrt bleibt, kann - plakativ ausgedrückt - nur noch das Inhaltsverzeichnis publiziert werden. Es geht in diesem Bericht um zwischenmenschliche Fragen. Im Visier der öffentlichen Kritik stand zudem die Abteilungsleiterin, die aber mittlerweile aus der Verwaltung ausgeschieden ist. Wäre gegen sie ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden (tatsächlich war es nur eine Voruntersuchung), würde dieses Verfahren mit ihrem Ausscheiden aus dem Amt gegenstandslos. Damit liegt auch kein überwiegendes öffentliches Interesse an der Publikation des Berichts mehr vor. Eine solche Regelung gilt klarerweise auch in diesem Fall. Selbstverständlich erbrachte der Bericht ein paar Erkenntnisse, die teilweise mit den Erkenntnissen aus dem Bericht Langenegger/Jäggi kombiniert werden können. Der Gemeinderat wird darüber aber, wie bereits gesagt zu gegebener Zeit, also im Rahmen der Abschreibung des Vorstosses, informieren. Der GPK kann ich bestätigen, dass die von ihrem Sprecher erwähnte Antwort des Gemeinderates auf das Schreiben der GPK morgen im Gemeinderat verabschiedet werden wird. Gewisse Elemente daraus habe ich nun bereits dargelegt, zumindest diejenigen Aspekte, welche ich hier im Parlament erwähnen kann, ohne Persönlichkeitsrechte zu verletzen.

Ich möchte vielleicht auch noch sagen, dass die öffentliche Kritik primär auf den zuständigen Direktor prasselte und nur punktuell den Gemeinderat traf. Diese müssen für solche Fälle gerade stehen. Unschön hingegen war, dass einzelne Mitarbeitende in der Öffentlichkeit derart kritisiert wurden, dass sie relativ problemlos identifiziert werden konnten. Diese sind jedoch nicht öffentliche Personen wie PolitikerInnen und haben daher einen stärkeren Anspruch auf Persönlichkeitsschutz. Diesem Umstand gilt es Rechnung tragen.

Herr Pichard, die Tatsache, dass die bisherige Abteilungsleiterin eine Frau war, spielte für den getroffenen Entscheid überhaupt keine Rolle. Bei dieser Ausgangslage wäre auch bei einem Mann gleich verfahren worden, zumal sich zeigte, dass eine längerfristige Zusammenarbeit nicht mehr möglich war, weil die Vertrauensbasis nicht mehr da war. In diesem Sinn finde ich die Aussage einer "verbrannten Hexe" etwas gar plakativ. Ich weiss, dass Sie gerne polemisieren. Hier geht es aber auch um Personen, die persönlich sehr betroffen sind und ich fordere alle auf, ihre Worte vorsichtig und zurückhaltend zu wählen.

Von verschiedenen RednerInnen wurde gesagt, der zuständige Direktor habe von Vielem bereits sehr früh gewusst und nicht reagiert. Im Nachhinein ist es sehr schwierig zu rekonstruieren, wem was wann bekannt war. Die Schwierigkeit besteht vor allem auch darin, gewisse Vorkommnisse zu einem gewissen Zeitpunkt richtig zu erkennen und zu interpretieren. Der Gemeinderat ging dieser Frage ebenfalls nach. Er stellte fest, dass gewisse dieser mehrmals in der Öffentlichkeit erwähnten Dokumente tatsächlich existieren. Der Gemeinderat konnte aber aufgrund der Aktenlage nicht bis ins letzte Detail rekonstruieren, wem sie wann vorlagen. Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass einzelne Dokumente aus heutiger Sicht so interpretiert werden müssen, wie dies Herr Pichard tat. Vor drei oder vier Jahren hat man diese aber auch gut anders interpretieren, sie zumindest weniger dramatisch einstufen können, als dies un-

ter Berücksichtigung der heute bekannten Eskalation getan werden muss. Im Nachhinein ist es einfach zu sagen, hätte man das gewusst hätte man anders gehandelt. So ist es aber nun einmal im Leben und man kann nur seine Lehren für ein anderes Mal daraus ziehen.

Damit komme ich zur Frage der Aufarbeitung: Der Gemeinderat nimmt die ganzen Erkenntnisse sehr ernst. Er hat festgestellt, dass Eskalationswege nicht funktionierten. Im Zusammenhang mit der Whistleblower-Affäre der Sozialdienste der Stadt Zürich, hat sich in der Zwischenzeit die höchste richterliche Instanz dazu geäußert, wie in einem solchen Fall vorzugehen ist. Auch in Biel wurden die bestehenden und dafür vorgesehenen internen Kanäle nicht immer genutzt. Bereits seit längerem existiert hier eine Broschüre zum Thema Mobbing, welche übrigens auch schon von übergeordneten Instanzen gelobt wurde. Trotzdem wurden die darin aufgezeigten Wege nicht beschritten. Es stellt sich damit die Frage, ob die Mitarbeitenden EJS diese Wege nicht kannten, respektive weshalb sie diese allenfalls nicht nutzten. Der Gemeinderat wird dies analysieren und versuchen, vor allem die Mitarbeitenden über eventuell neue Erkenntnisse in geeigneter Form zu informieren. Dies natürlich immer in der Hoffnung, dass keine verfahrensmässigen Missstände aufgedeckt werden. Auch nach erst viereinhalb Monaten im Amt kenne ich die Stadtverwaltung mittlerweile so gut, dass ich sagen kann, dass die Vorfälle im EJS nicht den Normalfall darstellen. So wenig wie der Polizeieinsatz im Lindequartier im Rahmen der Affäre Kneubühl der Normalfall darstellt. Das sind klare Extremsituationen. Vielleicht sollte man sich nicht immer nur an diesen orientieren und meinen, diese würden immer wieder eintreffen. Ein nächstes Mal passiert so etwas vielleicht auf einem viel tieferen Level! Trotzdem ist es wichtig und da gebe ich Frau Magnin recht, Probleme aufzunehmen, aktiv anzugehen und zu lösen. Ich möchte aber auch darum ersuchen, Einzelschicksale von Mitarbeitenden im Stadtrat nicht detailliert zu behandeln. Damit meine ich nicht nur die in den Medien öffentlich kritisierten Kaderleute, sondern auch den von Herrn Pichard erwähnten Fall einer ausgeschiedenen Mitarbeiterin EJS. Auch dort gilt der Persönlichkeitsschutz! Im Stadtrat kann nicht jedes Detail diskutiert werden, wodurch auch jede Information unvollständig bleibt. Die GPK kann aber Einsicht in die Unterlagen nehmen, kann diese Fälle begutachten und allenfalls Massnahmen anregen. Die Mitglieder der GPK - und ich wiederhole mich - agiert in Vertretung des Stadtrats. Sie hat weitergehende Einsichtsrechte und kann weitere Massnahmen anregen. Lassen Sie uns aber heute Abend nicht über Einzelfälle diskutieren! Für die Aufarbeitung der Vorkommnisse im EJS ist es nicht entscheidend, exakt zu wissen, wer an welchem Tag vor drei Jahren genau welchen Fehler beging. Entscheidend ist vielmehr das Strickmuster der Vorgänge, aus diesem gilt es für die Zukunft zu lernen und es besser zu machen. Diesen Willen haben sowohl der zuständige Direktor, der Gesamtgemeinderat als auch - davon bin ich überzeugt - die Mitarbeitenden EJS. Denn wenn die Öffentlichkeit als Ventil genutzt wird, um Ängste und Sorgen abzuladen, denen vermeintlich oder tatsächlich nicht anders Gehör verschafft werden kann und die Abteilung dadurch unter dermassen grossen öffentlichem Druck gerät, ist es nicht schön, dort zu arbeiten. Wenn öffentlich Kritik geübt wird, beeinträchtigt dies auch die Erfüllung der Aufgaben einer Abteilung. Es kann somit niemand ein Interesse daran haben, diese Situation beizubehalten. Es geht nun also darum, sich gemeinsam für die Zukunft auszurichten und aus diesen Vorkommnissen eine Lehre zu ziehen, nicht aber einer Auge-um-Auge-, Zahn-um-Zahn-Strategie zu folgen.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: Dans cette affaire bien malheureuse, quelqu'un doit porter la responsabilité politique et cette personne c'est moi. On l'a entendu à plusieurs reprises aujourd'hui. Il faut être pragmatique et se demander ce qui s'est passé. Monsieur le Maire vient de le répéter: on est toujours plus intelligent après. Aurait-il fallu interpréter différemment les quelques signes, qui nous sont parvenus, concernant le climat de travail au DPJA? L'unanimité va dire que nous aurions dû le faire et si je fais mon auto-analyse, je vais dire la même chose. Si je me transporte néanmoins dans le passé, je dois me demander, avec la connaissance que j'avais à ce moment-là des problèmes qui se posaient et des défis qu'il fallait relever, si j'aurais été à même d'agir autrement. J'affirme, aujourd'hui, que ce n'est pas le cas.

Lorsque des individus se plaignent de la situation et que des négociations sont mises en place par la Direction, par l'Office du personnel et par l'Association du personnel, il y a plusieurs instances qui arrivent à la même conclusion: ce cas est un cas individuel et les conclusions que l'on en tire ne peuvent pas être étendues à l'ensemble du Département. Alors, s'agit-il de fautes d'interprétation ou de manque de discernement? Vous pouvez en juger vous-mêmes. Pour ma part, j'aurais attendu, dans de telles situations, des démarches claires de la part de nombreux membres du personnel auprès de l'Association du personnel, du Département du personnel ou auprès de moi-même. Ces démarches n'ont pas eu lieu et donc, il n'y avait pas de raisons de s'inquiéter outre mesure. Bien sûr, il y avait dans ce Département des signaux peut-être un peu plus nombreux que dans d'autres départements. À ce moment-là, on attribuait le mécontentement du personnel à la surcharge de travail quasiment chronique et également au fait, que le Canton était prêt à attribuer des ressources et que le Conseil municipal tardait à les mettre à disposition. Le Conseil de ville a décidé de franchir le pas et de décharger ainsi le personnel. La DFPC a pensé, qu'une fois cette décision prise, on naviguerait vers des eaux plus calmes et on trouverait une situation meilleure. Mais, il s'est passé autre chose, il y a eu une dénonciation de l'Autorité tutélaire au Préfet et ensuite, au mois d'octobre, une dénonciation de l'Autorité tutélaire au Conseil municipal. Toutes ces interprétations se sont avérées fausses en fonction du rapport Steiner, qui n'est pas une enquête, mais une pré-enquête. Monsieur Fehr vous a rappelé, tout à l'heure, comment la décision a été prise, au mois de février 2011, de se séparer de Madame Vuilleumier. Il n'y a pas de démonstration de ce que sont les problèmes, il y a simplement la constatation, que la poursuite de la collaboration ne pouvait que conduire à une période d'incertitude, qui n'allait pas être favorable au Département, ni à la Ville et ni aux clients du DPJA.

À partir de ce moment, on s'est mis au travail pour remettre les choses en places. Monsieur le Président de la Commission de gestion a montré une certaine impatience tout à l'heure, mais les choses se mettent en place. Il a fallu d'abord observer, pendant un mois, comment le département fonctionnait dans le détail et comment les sujets de mécontentement pouvaient être identifiés. Le Conseil municipal, auquel je suis très reconnaissant, a pris d'urgence la décision importante, de mettre au concours le poste de Chef de ce Département, le 8 avril 2011, c'est à dire un mois après le début de cette affaire, malgré les incertitudes concernant l'avenir du Département, en particulier la réforme de l'administration 2013. Vous avez parlé de lenteur, mais vous voyiez que nous avons utilisé chaque jour et chaque semaine pour avancer dans ce dossier, pour rétablir la confiance de la population à l'encontre de ce département et pour rétablir la confiance de l'Autorité tutélaire dans ce département. Un séminaire

d'une journée a eu lieu hier à ce sujet, pour que les problèmes, dont on a tant parlé, soit résolus.

Les problèmes, qui ont été mentionnés dans la pré-enquête Steiner, ne sont pas identifiés puisqu'il s'agit d'une pré-enquête et qu'il aurait fallu lancer une enquête approfondie pour savoir ce que les gens voulaient vraiment. Je pense maintenant, qu'il faut construire l'avenir, ce qui veut dire prendre des mesures d'organisation interne, d'organisation de poste, prendre de mesures pour qu'il y ait un pilote dans l'avion et que ce poste soit rapidement repourvu. Un élément encore, qui ne me semble pas avoir été mentionné aujourd'hui, c'est que ce département jouisse de la confiance du Conseil de ville, de la population et de l'opinion publique. Le deuxième rapport, qui a été peu mentionné aujourd'hui, c'est le rapport de Monsieur Langenegger, commandité par la Préfecture et le Conseil municipal. Ce rapport montre qu'on peut avoir confiance dans ce département et cela est absolument essentiel. Il faut maintenir la qualité des services, renforcer la confiance de l'Autorité tutélaire, appliquer les mesures qui ont été prises et construire l'avenir pour qu'un cadre soit donné, pour que la confiance règne et qu'effectivement ce département navigue bientôt dans des eaux plus calmes. Je vous remercie de votre attention.

Pichard Alain, GLP: Wegen den Worten des Stadtpräsidenten verzichte ich darauf, mein vorhin aus Zeitgründen abgebrochenes Votum weiterzuführen... Sie erkennen aber den Unterschied: Die erste Reaktion des Bieler Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektors auf den Artikel im Bieler Tagblatt vom 1. März 2011 war, es laufe alles gut und er wisse von nichts. Am 9. April 2011 erinnerte er sich plötzlich an zwei Beschwerden, wobei zumindest die eine Beschwerdeführerin schwere persönliche Probleme gehabt habe. Heute, am 19. Mai 2011, sagt der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektor, er hätte es vielleicht im Nachhinein anders gemacht. Das kann ich nicht mehr ernst nehmen! Herrn Fehrs Worte hingegen hätte ich viel früher erwartet, genau dasselbe denke ich auch. Ich hatte grosse Angst, dass es wie schon früher gelaufen wäre: Regardez en avant et pas en arrière... Aus den gemachten Fehlern müssen aber die Lehren gezogen werden! Nur noch ein Wort an die Gewerkschafter im Stadtrat wie die Herren Ogi und Arnold: die vorgängig erwähnte Beschwerdeführerin musste ein Stillhalteabkommen unterzeichnen! Sie hat mich ausdrücklich mandatiert, das hier zu sagen. Sie riskiert hier also viel und - Herr Ogi - sie erhielt als Mitglied unserer Gewerkschaft (VPOD) keinen Rechtsschutz, das finde ich skandalös!

Ogi Pierre, PSR: J'ai le plus grand respect pour Madame Vuilleumier, que j'ai appris à connaître, mais je ne comprends pas, Monsieur Pichard, que vous critiquiez le Syndicat. C'est inadmissible! En tant que Vice-président du Syndicat VPOD, je n'ai jamais entendu lors d'un comité, parler d'une personne de l'Administration qui ait demandé de l'aide. Tous les membres du Syndicat ont droit à une protection juridique. Si une personne avait demandé officiellement de l'aide, le Syndicat aurait fait le nécessaire. Je peux vous promettre, que je vais demander au Syndicat à Bienne et à Berne, pourquoi cette personne n'a pas pu être aidée. Il ne faut pas critiquer le Syndicat si aucune démarche n'a été faite. Ce n'est pas correct, de m'accuser ainsi que le Syndicat!

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich möchte keine neue Diskussion beginnen.

Wiher Max, GLP: Ich möchte auf die Untersuchung Steiner zurückkommen: In der Antwort auf die Motion schreibt der Gemeinderat, dass er den Stadtrat und die Öffentlichkeit über beide Berichte informiert. Ich gehe davon aus, dass im Bericht Steiner auch Schlussfolgerungen enthalten sind. Es ist klar, dass den Stadtrat Zitate und im Bericht erwähnte Personen nicht zu interessieren haben. Ich kann mir aber kaum vorstellen, dass dieser Bericht ausschliesslich aus Aussagen, Personennamen und einem Inhaltsverzeichnis besteht. Die Schlussfolgerungen von Herrn Steiner würden mich schon sehr interessieren und ich möchte mich nicht mit einem Inhaltsverzeichnis zufrieden geben.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Leider muss ich Herrn Wiher enttäuschen. Der Bericht Steiner besteht tatsächlich nur aus den von Herrn Wiher erwähnten Elementen. Er ist eine Beschreibung der Zustände und eine Zusammenfassung des Gesagten. Herr Steiner zog keine Schlussfolgerungen, dies tat der Gemeinderat zusammen mit der damaligen Amtsleiterin. Die Erkenntnis aus dem Bericht war, dass das Vertrauensverhältnis zu stark zerrüttet war, als dass eine weitere Zusammenarbeit möglich gewesen wäre. Wie gesagt, wurde die Antwort auf die Motion noch im letzten Jahr verfasst. Damals wusste der Gemeinderat noch nicht, was in beiden Berichten stehen würde und vor allem konnte er die Konsequenzen der Berichte nicht abschätzen. Deshalb sagte ich vorhin, dass mit dem Ausscheiden derjenigen Person, gegen welche sich eine allfällige Untersuchung hätte richten können, das Verfahren und damit einhergehend auch das überwiegende öffentliche Interesse nach Information hinfällig wird. Dies wusste der Gemeinderat nicht, als die vorliegende Antwort abgefasst wurde. Genausowenig kannte er die Präsentation der Resultate des Berichts Steiner. Da diese nun in der von mir beschriebenen Form vorliegen und zum bekannten Schluss geführt haben, sollte nun nicht weiter darüber debattiert werden. Selbstverständlich können aber anhand der gemachten Aussagen gewisse Schlüsse gezogen werden. Diese fliessen aber in den Optimierungsprozess beim EJS ein. Der Gemeinderat wird darüber berichten, wenn es über die Abschreibung der vorliegenden Motion befunden werden soll. Was der Bericht Steiner jedoch aufzeigt ist, dass die Kommunikationskanäle nicht funktionierten. Das ist einer der Punkte, die nun verbessert werden müssen.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: J'aimerais préciser une chose concernant le discours de Monsieur Pichard. J'ai toujours dit que je n'avais pas la documentation et maintenant vous me dites que je reconnaîtrais que j'aurais dû faire les choses autrement. Au risque d'aggraver mon cas, je vais vous dire, qu'en tenant compte de tout ce que je savais au mois d'août 2010 ou au cours des mois qui précédaient, je n'aurais pas agi autrement. Ceci est en relation avec la nature des deux cas, que vous avez mentionnés. Lorsque la Presse m'a questionné sur ces deux cas, j'avais les mains liées par la protection de la personne, comme je les ai liées encore maintenant. On ne peut pas discuter de ces deux cas, qui sont des cas difficiles et qui nous ont amenés à décider (pas moi tout seul), qu'il n'y avait pas lieu d'aller au-delà du traitement de ces deux cas, avec beaucoup de respect, pour trouver une solution et une solution a été trouvée. Par contre, au moment où la discussion a été lancée dans le journal, il fallait agir très rapidement et cela a été fait par le mandat extérieur. On se serait posé plus de questions au sujet du climat de travail, si on avait eu d'autres indicateurs. Les indicateurs principaux, qui sont utilisés en matière de gestion du personnel, sont la fluctuation du personnel et l'absentéisme. Aucun de ces indicateurs ne démontrait qu'il y

avait un problème quelconque. On entendait, de temps en temps, dire que le personnel n'était pas content. À tort, le Département de la protection de la jeunesse et des adultes a attribué cette insatisfaction à la surcharge de travail. Il s'agit de faire en sorte, maintenant, que la surcharge de travail, qui est toujours présente, soit diminuée par l'organisation efficace du département et que les nouvelles structures s'appuient sur un consensus, au niveau du personnel. Ainsi, peut-être, que la situation s'améliorera, bien que les indicateurs restent toujours les mêmes. Les chefs de services de ce département, qui se réunissent chaque semaine, sont en contact permanent avec le personnel. Ils n'ont jamais mentionné de problèmes particuliers. Aujourd'hui, ils doivent être davantage attentifs que hier. Ils dialoguent plus avec le personnel et on a l'impression, que la confiance se rétablit petit à petit. Ce qui est important pour le Conseil municipal, c'est qu'il n'ait plus de doutes à avoir sur le climat de travail dans ce département.

Abstimmung

Die überparteiliche dringliche Motion 20100301, Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP, "Untersuchung der Vorkommnisse im Erwachsenen- und Jugendschutz" wird erheblich erklärt.

84. Dringliche Motion 20100040, Isabelle Blättler, Fatima Simon, Ariane Tonon, Fraktion Grüne, "Dringliche Umsetzung eines Konzepts zur Frühförderung"

(Text der dringlichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln und als erheblich zu erklären.

Blättler Isabelle, Fraktion Grüne Biel: Ziel der Motion ist, dass die Kinder noch vor dem Kindergarteneintritt ausreichende Kenntnisse der deutschen oder französischen Sprache haben sollen. Der Erwerb der Sprachen kann innerhalb bestehender öffentlicher und privater Strukturen, beispielsweise in Krippen oder Spielgruppen gefördert werden. Dazu bedarf es speziell ausgebildeten Personals. Dazu bedarf es auch der prioritären Ausarbeitung eines detaillierten Konzepts für die Frühförderung mit Schwerpunkt Spracherwerb sowie einen entsprechenden Umsetzungsterminplan mit dem entsprechenden Budget. Erfreulicherweise wird das Anliegen vom Gemeinderat in seiner Antwort vollumfänglich unterstützt - zumindest vordergründig. Gegen Schluss der Beantwortung wird dann alles wieder relativiert. Der Gemeinderat vertritt dort die Meinung, dass das Anliegen doch nicht absolut prioritär sei. Was heisst das? Entweder ist etwas prioritär oder nicht. "Nicht absolut prioritär" heisst dementsprechend "nicht prioritär". Der Gemeinderat argumentiert ausserdem damit, dass die Frühförderung nicht auf die Förderung der Schulsprachen reduziert werden darf, sondern auch Defizite bei der Entwicklung der Motorik und der sozialen Fähigkeiten berücksichtigt werden müssen. Hier wird der Motion etwas unterstellt, was sie gar nicht fordert. Die Fraktion Grüne Biel forderte nie, die Frühförderung auf die Sprache zu reduzieren. Vielmehr sagt sie, das Erlernen der Sprache sei prioritär. Das Erlernen

der Sprache kann im Übrigen auch beim Angehen der Defizite im Sozialen sehr hilfreich sein.

Der Gemeinderat will bei seinen Massnahmen, die in der Bildungsstrategie erwähnt werden, keine Prioritäten setzen. Er will wohl alles miteinander angehen. Damit ist wohl klar, dass dies nicht zielführend sein wird. Herr Moeschler, wenn Sie ein Haus bauen, sind die Fenster und der Kamin ebenso wichtig wie das Fundament. Prioritär werden Sie jedoch mit dem Fundament anfangen und die Fenster bei der Mauererstellung berücksichtigen. Mit der Schulsprache ist es dasselbe. Vorerst muss diese erlernt werden, um einen minimalen Standard zu erreichen, der als gutes Fundament für weitere Massnahmen dient. Wer Prioritäten setzt und sich insbesondere, aber nicht unbedingt ausschliesslich dort schwerpunktmässig einsetzt, kann am Schluss Erfolge präsentieren. Die Fraktion Grüne Biel ist der Meinung, dass das Erlernen der Sprache eine absolute Grundvoraussetzung für den schulischen Erfolg ist und steht hinter der von der Bevölkerung zu Recht verlangten Integration. Der schulische Erfolg wird dann auch im Erwerbsalter Blüten tragen, denn Personen mit guten Sprachkenntnissen und gutem Schulabschluss finden erfahrungsgemäss einfacher eine Erwerbstätigkeit, was wiederum der Integration und finanziellen Unabhängigkeit dient. Die dadurch eingesparten Kosten werden mittelfristig die eingesetzten Kosten für die Frühförderung der Spracherlernung bei weitem kompensieren.

Die Ablehnung der Motion und der Antrag, diese in ein Postulat umzuwandeln ist umso unverständlicher, als im Rahmen des Projekts zur Entwicklung eines Frühförderkonzepts bereits Vorarbeiten laufen. Ausserdem hat der Gemeinderat die Beteiligung am Programm "schritt:weise" genehmigt. Dieses Programm soll gemäss Medienmitteilung die Kenntnisse der Schulsprachen von Kindern aus wenig integrierten und anderssprachigen Familien verbessern. Was nun noch fehlt, ist ein Gesamtkonzept für das überaus wichtige Anliegen, dass Kinder die Schulsprachen so früh als möglich erlernen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die konkrete Ausgestaltung der Frühförderung in der Kompetenz des Gemeinderats liege und ein Postulat daher angemessen sei. Meine Motion verlangt die prioritäre Ausgestaltung eines Konzepts zur Erlernung der Schulsprachen. Dieses Anliegen ist daher als Motion sehr wohl angebracht. Es ist der Fraktion Grüne Biel wichtig, dass eine Integration der fremdsprachigen Kinder stattfindet. Daher ist auch wichtig, dass die deutsche oder französische Sprache möglichst früh erlernt wird, damit alle anderen, später folgenden Massnahmen besser greifen. Erste Schritte dazu wurden bereits eingeleitet. Weshalb soll das Ganze also nicht in ein Gesamtkonzept eingebettet werden? Nochmals: das Erlernen der deutschen oder französischen Sprache ist das Fundament aller weiteren Massnahmen. Es ist daher prioritär anzugehen. Das entsprechende Konzept ist zu erstellen, damit dieses Ziel möglichst rasch erreicht werden kann. **Aus diesem Grund hält die Fraktion Grüne Biel an der Motion fest.**

Tanner Anna, Fraktion SP: Die Fraktion SP ist mit der Fraktion Grüne Biel einig, dass die Frühförderung wichtig und ein unverzichtbares Instrument für die Chancengleichheit vor dem Schuleintritt ist. Sie dankt der Fraktion Grüne Biel für den vorliegenden Vorstoss. Persönlich unterschrieb ich die Motion auch und finde das Anliegen gut. Diese Meinung teilt auch die Fraktion SP. Auch der Gemeinderat ist für ein Frühförderungskonzept und betont die Wichtigkeit der Sprachentwicklung. Allerdings wird ja zurzeit bereits ein solches Konzept erarbeitet. Es werden Erhebungen und Interviews durchgeführt. Aus diesem Grund ist die Motion zum jetzigen Zeitpunkt etwas

überflüssig. Die Fraktion SP reichte am 21. Januar 2010 die Motion 20100035, Dana Augsburger-Brom, "Konzept zur Frühförderung und Prävention im vorschulischen Bereich" ein. Der einzige Unterschied zur Motion der Fraktion Grüne Biel ist, dass der Fokus nicht nur auf der Sprache liegt. Die Fraktion SP ist der Meinung, dass ein Frühförderungskonzept etwas Komplexes ist. Es kommt nicht nur auf die Sprache, sondern auch auf die sozialen Fähigkeiten sowie die kognitive und motorische Entwicklung an. All diese Bereiche müssen zusammen und nicht getrennt gefördert werden. Deshalb ist die Fraktion SP der Meinung, dass das Erstellen des geforderten Konzepts den Fachkräften überlassen werden sollte. Die Personen, die zurzeit daran sind, ein solches Konzept zu erarbeiten, sind gut ausgebildet. Die Fraktion SP ist der Meinung, dass zum Konzeptinhalt kein politischer Entscheid notwendig ist, da die Fachkräfte besser wissen, wie dieser aussehen sollte. Deshalb folgt die Fraktion SP der Argumentation des Gemeinderats.

Pichard Alain, Fraktion GLP: Zu dieser Motion spreche ich "aus zwei Herzen", denn ich unterzeichnete sie mit, die Fraktion GLP wird aber den gemeinderätlichen Argumenten folgen. Dafür hege ich auch ein gewisses Verständnis. Frühförderung erfolgt in Frankreich mit der "école maternelle". Sie muss aber als gescheitert angesehen werden. Weshalb? Kinder lernen nicht aufgrund eines Konzepts. Mit Kindern kann kein gezielter Sprachunterricht durchgeführt werden. Wichtig ist aber, und deshalb unterschrieb ich die Motion, dass sie in eine deutsch- oder französischsprachige Umgebung eintauchen können und Personen um sich haben, welche diese Sprache gut sprechen. Ich bin davon überzeugt, dass beispielsweise der Waldkindergarten wesentlich mehr zur Frühförderung beiträgt als schulische Frühförderungsinstitutionen. Deshalb finde ich es nicht daneben, wenn der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich empfehle dem Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen. Obschon ich Herrn Moeschler schon oft kritisierte, kann ich sagen, dass in Biel in der Frühförderung etwas geht.

Fischer Pascal, Fraktion BVP plus: Die Fraktion BVP plus wird nicht schlau aus diesem Geschäft. Bereits im ersten Abschnitt der Beantwortung steht: *"Das Konzept soll insbesondere auf die Förderung der Schulsprachen Deutsch und Französisch abzielen."* Im nächsten Satz steht: *"Den Kindern sollen vor dem Kindergarteneintritt ausreichende Kenntnisse in diesen beiden Sprachen vermittelt werden."* Der Schuleintritt erfolgt mit sieben Jahren, der Kindergarteneintritt zwei Jahre vorher, also mit fünf Jahren. Jetzt sollen die Kinder noch früher in Kursen deutsch oder französisch erlernen? Warum geht die Stadt nicht gleich noch einen Schritt weiter und nimmt die Kinder den Eltern nach der Geburt weg? Vielleicht lernen sie dann auch noch Chinesisch, bis sie in den Kindergarten kommen... Dass Sprachen wichtig sind und zur Integration gehören, leuchtet auch der Fraktion BVP plus ein. Meiner Meinung nach erfolgt die Integration grösstenteils über die Sprache. Dafür ist aber der Kindergarten da. Nun wird aber verlangt, dass auch noch motorische Fähigkeiten erworben werden sollen. Dreijährige haben unterschiedliche motorische Fähigkeiten: Wird ein Dreijähriges am Bein hochgehoben, ist eines steif wie ein Stecken und ein anderes wie eine Gummipuppe. Das eine sitzt vor dem Fernseher, das andere springt draussen herum. Die Feinmotorik muss sich entwickeln. Das kann nicht dadurch erreicht werden, dass die Kinder in eine Art Vorkindergarten gesteckt werden und dort französisch lernen - selbst dann nicht, wenn es zum Verben konjugieren einen Ball hüpfen lassen darf. Über das Ganze gesehen kann die Fraktion BVP plus diesem Geschäft nicht zustimmen. Für sie ist klar: wenn die Kinder wegen HarmoS schon zwei Jahre früher einge-

schult werden müssen, will sie nicht noch etwas unterstützen, das den Eltern die Kinder noch früher wegnimmt. Eltern, die diese Kinder wollten, möchten ihnen auch ihre eigenen Ideologien mitgeben und nicht nur diejenigen des Staates!

Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne: La motion, qui a été présentée, est en français. Cette motion demande expressément un concept d'encouragement précoce. Le texte ne parle pas des langues. Il est dit qu'il serait bien de mettre prioritairement l'accent sur les langues, mais la motion demande un concept général d'encouragement précoce. Il s'agit de donner une direction à la stratégie scolaire. Il ne s'agit pas de donner des cours de français et d'allemand à des enfants de trois ans. L'apprentissage du langage est quelque chose d'affectif. Il faut pouvoir donner à ces enfants, qui sont parfois isolés dans leur famille, la possibilité d'avoir des liens. Le Groupe des Verts vous demande de soutenir cette motion.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich möchte die Fraktion Grüne Biel darauf aufmerksam machen, dass, wenn sie an der Motion festhält, auch nur über diese abgestimmt wird. Der Antrag des Gemeinderats auf Umwandlung in ein Postulat entfällt in diesem Fall. Wird die Motion vom Stadtrat abgelehnt, ist das Geschäft erledigt.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: L'encouragement précoce ou l'éducation précoce sont toutes sortes de mots pour décrire la même idée, dont on parle beaucoup en Suisse, de Genève à Romanshorn, depuis environ cinq ans. La Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture étudie cette idée avec la plus grande attention. Nous sommes en contact avec nos collègues de Winterthur, de Bâle et de Berne. Cette idée nous a paru tellement forte et intéressante, qu'il fallait mettre en place quelque chose. Il fallait d'abord dire au Conseil municipal que c'était important et le Conseil municipal l'a reconnu et l'a inscrit dans ses points forts. L'encouragement précoce doit être inscrit dans la stratégie en matière de formation, pour que le Conseil de ville puisse soutenir cela et apporter son appui à cette grande idée.

Les travaux en cours pour le concept d'encouragement précoce montrent, qu'il existe déjà à Bienne une vaste offre de possibilités d'encouragement précoce. Les crèches et parents d'accueil, qui sont essentiellement soutenus par la Ville et le Canton, en sont un élément important. En mai 2010, le Conseil municipal a pris sa responsabilité au sérieux et a octroyé un crédit d'engagement de 50'000 fr. pour le soutien du projet en vue de développer un concept d'encouragement précoce, auquel participe également l'Office fédéral des migrations. Le Conseil municipal est en contact avec d'autres institutions (Famille plus, le Centre de puériculture) et il faut voir comment il peut encore intensifier le travail.

Après un vif débat au sujet de la stratégie de la formation, on constate le dépôt d'une motion, qui ressemble étrangement à une copie du projet d'une stratégie municipale. J'ai envie de dire, avec beaucoup d'amitié, que le Groupe des Verts enfonce des portes ouvertes et que sa motion ne changera rien du tout au fait, que le Conseil municipal est au travail et que les choses avancent bien. Merci de signaler un soutien aussi fort et aussi convaincu à une idée existante et déjà en cours. Mais, pour véritablement aider cette idée, chers amis Verts, il faudrait accepter que la motion soit transformée en postulat. Si vous voulez conserver votre motion, elle risque fort d'être écrasée et si elle est écrasée, cela serait un signe très négatif pour le Conseil municipi-

pal, dans la poursuite de ses travaux. Je vous serais reconnaissant de suivre la proposition du Conseil municipal, qui a démontré sa bonne volonté.

Blättler Isabelle, Fraktion Grüne Biel: Die Fraktion Grüne Biel ist erstaunt über einige Aussagen, die im Rahmen der Diskussion gemacht wurden. Es kann keine Rede davon sein, dass Kinder zwei Sprachen lernen sollen oder aufgrund der Frühförderung gar den Eltern weggenommen werden sollen. Von verschiedenen Seiten hat wurde erwähnt, dass die Arbeiten im Gang sind. Die Fraktion Grüne Biel möchte aber, dass die Sprachfrühförderung in ein Gesamtprojekt eingebettet wird und nicht nur punktuelle, zusammenhanglose Ansätze verfolgt werden. Herr Moeschler sagte, dass eine Motion nichts ändern würde, da die Stadt bereits an der Ausarbeitung des Anliegens sei. Wenn die Motion tatsächlich nichts änderte, warum soll sie dann der Stadtrat nicht gleich erheblich erklären? Die Fraktion Grüne Biel diskutierte lange über die Form des Vorstosses und weiss, dass falls die Erheblicherklärung der Motion scheiterte, die Vorstoss vom Tisch wäre. Sie möchte aber ein Zeichen setzen und hält - wie gesagt - an der Motion fest.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: La raison pour laquelle le Conseil municipal tient à ce que la motion soit transformée en postulat, c'est parce que j'ai des doutes, que cette motion soit "motionsfähig" (mais peut-être que les juristes pourraient me contredire). Un rapport est demandé est le Conseil municipal est compétent. Je vois mal, qu'elle puisse être acceptée sous forme de motion.

Malgré vos dénégations de tout à l'heure, vous êtes trop centrés sur la notion de langue. Un concept d'encouragement précoce doit tenir compte des autres aspects, qui concernent la petite enfance, l'intégration des migrants et la question de la santé de l'intégration sociale et de la pauvreté. Tous ces thèmes doivent être abordés. Il n'y a pas de raison de prioriser la question de la langue. Comme l'a dit Monsieur Pichard, l'endroit où l'on apprend le mieux la langue, c'est dans l'espace public. Ce n'est pas à l'école et ni dans des structures étatiques. Il faut favoriser les rencontres et il faut donc inscrire cela dans un concept plus général.

Ce qui nous gêne, c'est que vous affirmez dans votre motion, que ce projet devrait avoir la priorité sur tous les autres. On a eu huit points dans le cadre de la stratégie de la formation à discuter. Dites-moi lesquels devrait-on retarder, pour permettre à celui-ci d'avancer? Ce n'est pas pensable. Les différents projets sont définis, poursuivis et portés par des milieux, des personnes et des moyens financiers différents. Il n'y a pas de raisons de dire, que certains projets devraient être retardés par rapport à celui-ci. Ce projet n'avancerait pas plus vite, si cette motion était acceptée.

Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne: Monsieur Moeschler soupçonne le Groupe des Verts de l'avoir copié. Nous avons copié, bien évidemment. Notre critique à la stratégie de la formation, c'était qu'il n'y avait pas de priorités. On ne savait pas, par où on allait commencer. La motion des Verts est une manière d'être conséquente avec nos critiques. On donne une orientation et il n'y a pas un catalogue, où il n'y a pas de priorités.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: Vous confirmez ce que j'ai dit tout à l'heure. C'est une mauvaise idée car

les autres points, qui vous ont été présentés au mois de janvier 2011, méritent la même attention. Les différents projets sont définis, poursuivis et portés par des milieux, des personnes et des moyens financiers différents. Il n'y a aucune raison de donner la priorité à ce point, même si le Conseil municipal accorde, naturellement, une importance totale à la petite enfance et même si, dans la politique générale, elle est l'objet de toutes nos préoccupations. Le Conseil municipal et l'Administration ont démontré, que nous accordons la plus grande attention à cette pensée nouvelle. Je vous remercie de refuser cette motion.

Abstimmung

über den Antrag der Fraktion Grüne Biel, die Motion erheblich zu erklären.

Der Antrag der Fraktion Grüne Biel wird vom Stadtrat abgelehnt. Die Motion wird somit nicht erheblich erklärt.

85. Dringliche Interpellation 20110042, Ariane Tonon, Fraktion Grüne, "Praktikantinnen und Praktikanten in den Bieler Kindergärten"

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Simon Fatima, au nom du Groupe des Verts Bienne: J'aimerais poser deux questions à Monsieur Moeschler:

- Est-il vrai qu'il y avait des stagiaires ayant achevé leur formation à la Haute École Pédagogique, engagés comme stagiaires dans les écoles enfantines ou dans les Écoles à journée continue?
- Croyez-vous que le salaire mensuel de 580 fr. ou 730 fr. est compatible avec leurs lourdes journées de travail? Quel horaire est prévu dans leurs contrats?

Dunning Samantha, au nom du Groupe socialiste: Le Groupe socialiste tient à exprimer sa satisfaction quand à cette solution innovatrice proposée par le Département Écoles & Sport, afin de décharger le personnel enseignant des écoles enfantines. Non seulement, l'engagement de stagiaires permet une décharge pour les enseignants, mais ceci est également positif pour les jeunes auxiliaires. En effet, actuellement on reproche souvent aux étudiants ne pas avoir suffisamment de pratique professionnelle. Le stage est donc aussi une solution pour les étudiants, qui pourront le notifier sur leur curriculum vitae. Quant au danger d'une sous-enchère salariale, celui-ci semble écarté, puisque le cahier des charges des stagiaires est clairement différent de celui du personnel enseignant. Les stagiaires sont là pour aider, par de simples tâches, l'accompagnement. Il serait, cependant, intéressant de développer davantage les stages, afin qu'ils aient également un objectif de formation et non seulement de décharge du personnel enseignant. Le Groupe socialiste remercie la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture d'avoir proposé une telle solution.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: Vous avez parlé d'une solution originale. Effectivement, les classes d'école enfantine sont chargées, en particulier parce que de nombreux élèves ne maîtrisent pas la langue de scolarisation au début de l'école enfantine. De ce fait, les maîtresses d'école enfantine sont face à un défi considérable, lorsqu'elles ont vingt bambins dans la classe, dont la plupart ne parle ni l'allemand et ni le français. Cette solution a permis de décharger les maîtresses d'école enfantine et aucune d'entre elles ne souhaiterait renoncer à cette mesure. Il a fallu négocier avec le Canton. Le Syndicat des enseignants a approuvé cette démarche. Le Syndicat francophone est beaucoup plus critique par rapport à cette démarche et ne souhaite pas, que des personnes non-qualifiées soient engagées dans les classes.

Une discussion a eu lieu récemment avec l'Administration cantonale, par le biais de Monsieur Wiederkehr, pour donner plus de sens à ces stages et faire en sorte, qu'ils ne soient pas simplement une occupation pendant un certain nombre de mois, mais qu'ils débouchent véritablement sur des perspectives de formation. On s'est engagé dans la discussion avec Monsieur Wiederkehr, à faire en sorte que les stagiaires reçoivent de la part du personnel de la Ville, de l'aide pour trouver ensuite une voie de formation, qui les amène plus loin, que simplement le retour au chômage ou à l'occupation professionnelle, qu'ils connaissaient auparavant. C'est une bonne solution pour tout le monde. Madame Simon, je regrette les salaires des stagiaires, mais il y a des normes municipales. On pourrait tous imaginer, que ces stagiaires aient plus de salaire ou de meilleures conditions, mais il existe des normes en vigueur et on ne travaille pas dans l'arbitraire. Il n'y a pas, à ma connaissance, de personnes formées, qui ont été engagées à ces conditions. Il s'agit de personnes, qui n'ont pas de formation et qui cherchent un stage d'orientation professionnelle, dans l'idée de faire par la suite un travail dans le domaine social ou pédagogique.

86. Interpellation 20100347, Nathan Güntensperger, GLP, "Verhältnis Verwaltungsstellen, Dienstleistungsstellen, Stellentotal nach Direktionen"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Güntensperger Nathan, GLP: Ich bin mir sicher, alle Anwesenden haben im Zusammenhang mit Verwaltungen grosser Firmen schon den Ausdruck "Wasserkopf" gehört. Der Wasserkopf einer Firma beschreibt für mich diejenigen Angestellten einer Firma, die letztlich keinen unmittelbaren Bezug zur von der Firma erbrachten Leistung haben. Die Grösse und hierarchische Gliederung dieses Wasserkopfs ist mitentscheidend dafür, wie effizient und somit auch rentabel eine Firma ist. Je grösser der Wasserkopf, desto ineffizienter, je stärker die Gliederung, desto grösser der Reibungsverlust in den einzelnen Abteilungen. Ich weiss, dass meine Aufteilung willkürlich war erwartete aber, dass die Stadt eine solche Aufteilung kennt. Die Tatsache, dass dem nicht so ist, erstaunt mich. Zwar wurde mir von den Exponenten der Stadtverwaltung schon mehrfach versichert, Biel hätte im Gegensatz zu anderen Städten eine schlanke Verwaltung. Aber was heisst das schon? Ist Biel gut unter Guten oder gut unter Schlechten? Blicke ich auf die Stellenschaffungen 2010 zurück und sehe,

wie bei einer 25%-Stelle des Betreuungsteams des Bieler Besuchstreffs (BBT) 10% auf Referate, 10% auf die Leitung und 5% auf die Koordination entfallen, bekomme ich als Unternehmer Tränen in die Augen. Das macht 60% Verwaltung gegenüber 40% Dienstleistung! Falls das die übliche Arbeitsaufteilung in der städtischen Verwaltung ist, sehe ich da noch ein erhebliches Sparpotenzial. Ich hoffe, dass im Zuge der Verwaltungsreform 2013 wirklich hingeschaut und solcher Wahwitz ausgemerzt wird. Mit der Beantwortung dieses Teils der Interpellation bin ich somit nicht zufrieden. Hingegen möchte ich mich für die detaillierte Auflistung aller Stellen der Stadt bedanken. Wie in der Antwort erwähnt wird, soll die Verwaltungsreorganisation 2013 neben neuen Direktionsaufteilungen auch Einsparungen, respektive Effizienzsteigerungen der Verwaltung bringen. Ich möchte daher gerne wissen, wie die Sparvorgabe für diese Verwaltungsreform lautete und ob der Stadtrat nach Abschluss der Reorganisation erneut eine Auflistung der Stellenprozente erhält.

Fehr Erich, Finanzdirektor: Ich kann nur nochmals bestätigen, was ich bei anderer Gelegenheit bereits erwähnte: Durch die Zusammenarbeit mit der Firma Reflecta, welche die Verwaltungsreorganisation begleitet, wurde ein externer Vergleich der Bieler Verwaltung mit anderen Städten vorgenommen. Tendenziell hat Biel für die Erfüllung der Aufgaben eher wenig Stellen. Bern ist beispielsweise ungefähr zweieinhalb Mal grösser als Biel. Trotzdem arbeiten dort für die Erfüllung der meisten Aufgaben mehr als zweieinhalb Mal so viele Mitarbeitende. Über die Kantonsgrenze hinweg ist ein solcher Vergleich schwierig, weil die Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden anders geregelt ist, 100-prozentige objektive Vergleichskriterien gibt es aber natürlich nie.

In der Vergangenheit wurden auch im Stadtrat immer wieder Forderungen nach mehr Stellen laut. Dabei denke ich nicht unbedingt an die sehr detailliert diskutierten Fragestellungen, die sich aus dem Lastenausgleich ergeben. Vielmehr möchte ich ein Beispiel aus meiner Direktion anführen, nämlich aus der Abteilung Liegenschaften. Über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, funktionierte diese Abteilung mit ganz bescheidenen Ressourcen. Neue Herausforderungen brachten die Abteilung aber in Schwierigkeiten und die GPK forderte klar mehr personelle Ressourcen, damit die Aufgaben weiterhin sachgerecht erfüllt werden können. Das heisst aber nicht, dass nicht noch am einen oder anderen Ort Optimierungspotenzial vorhanden ist. So kann beispielsweise eine Abteilung über zuviele Ressourcen verfügen, weil sich deren Aufgaben verändert haben. Was heute gilt, kann möglicherweise in fünf oder zehn Jahren nicht mehr in gleichem Mass zutreffen. Einen Wasserkopf hat Biel aber sicher nicht. Die Direktionssekretariate der gemeinderätlichen Direktionen sind beispielsweise über das Ganze gesehen mit relativ wenig Stellenprozenten ausgestattet. So sind beim Kanton die Generalsekretariate proportional zu anderen Stellen viel besser dotiert. Auch dies ein Vergleich, der zeigt, dass die Bieler Verwaltung kein Wasserkopf ist.

Selbstverständlich kann dem Stadtrat nicht nur nach Abschluss der Verwaltungsreorganisation, sondern jederzeit ein neuer Stellenplan ausgehändigt werden. Den Stellensaldo nimmt der Stadtrat ja alljährlich im Zusammenhang mit den Stellenschaffungen und -streichungen und dem Budget zur Kenntnis. Am Anfang des Projektes Verwaltungsreorganisation wurde eine Sparvorgabe in der Höhe von CHF 2,5 Mio. genannt.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Herr Güntensperger, ich muss noch wissen, ob sie jetzt befriedigt sind oder nicht. (*Unruhe*) Ich stelle fest, dass Sie von den Antworten nun befriedigt sind.

87. Postulat 20100307, Dana Augsburger-Brom, Fraktion SP, "Bestandesaufnahme der Sportlektionen und der dazu zur Verfügung stehenden Turnhallen"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Augsburger-Brom, Fraktion SP: Im vorliegenden Postulat bat ich den Gemeinderat um eine gesamtstädtische Bestandesanalyse, wie die Turnhallenbelegungen für die Pflichtlektionen Sport aussehen. Falls Kapazitätsmängel festgestellt würden, sollten diese über die Belegung der benachbarten Schulhäuser behoben werden. Längerfristiges Ziel soll aber sein, dass grundsätzlich für alle Pflichtlektionen ein Turnhallenplatz gewährleistet ist. Das von mir vorgeschlagene Vorgehen wird teilweise bereits praktiziert und in den letzten Jahren konnten, beispielsweise dank der neuen Esplanade-Turnhalle, Verbesserungen erzielt werden. Diese Turnhallen-Koordination erfolgt bisher aber nur in einzelnen Quartieren, in einigen Quartieren bestehen nach wie vor Engpässe. Eine flächendeckende Analyse und eine weiterführende Erfassung der vorhandenen Kapazitäten und der gestellten Ansprüche erachte ich als nützliches Instrument, um laufend Verbesserungen zu erzielen, dies auch in Anbetracht der steigenden SchülerInnenzahlen. Es freut mich, dass der Gemeinderat den Vorstoss unterstützt und gar noch einen Schritt weitergehen will, indem er die Kindergartenklassen in die Analyse miteinschliessen will. Die Fraktion SP empfiehlt dem Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen und das Postulat erheblich zu erklären..

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: À lire la réponse du Conseil municipal, on pourrait avoir l'impression, qu'en matière de halles de gymnastique, la Ville navigue sans boussole. Au cours des dernières années, on a pris deux grandes décisions en matière de halles de gymnastique: la construction d'une halle triple sur l'Aire de l'Usine à gaz et la construction d'une halle de gymnastique supplémentaire à l'École du Châtelet. On a fait une analyse détaillée et on est arrivé à la conclusion, que ces halles de gymnastique étaient nécessaires. Le Conseil de ville a ensuite pris des décisions, sur la base d'une analyse détaillée. La dernière analyse date de trois ans et vous avez raison, de proposer de revoir les chiffres, pour voir si les choses ont changé, en particulier par rapport à la problématique de la Plänke et par rapport à d'autres problématiques, qui pourraient se poser encore.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

88. Postulat 20100308, GPK, "Zukunft der Bieler APH: Welche Rechtsform ab 2011?"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Morier-Genoud Michèle, au nom de la Commission de gestion: Je remercie le Conseil municipal pour la réponse au postulat "Avenir des homes publics biennois: quelle forme juridique dès 2011". La Commission de gestion a constaté, qu'il y a une différence significative entre la réponse en français et la réponse en allemand. À la page 1, il est écrit sur la version française: *"Il a pour tâches: d'établir un catalogue des options possibles quant au futur statut juridique des bâtiments des EMS et/ou l'exploitation des EMS"* tandis que sur la version alémanique: *"Das besagte Büro hat folgende Aufgaben: einen Katalog möglicher Optionen zu erstellen, um die Gebäude der Alters- und Pflegeheime und/oder den Betrieb der Alters- und Pflegeheime auszulagern"*. L'orientation donnée par le texte français est large et permet d'imaginer une importante palette de variantes qui seraient étudiées, alors que le texte allemand fait comprendre, que seules les différentes options d'externalisation seraient étudiées. Qu'en est-il réellement, quelle est la version qui fait foi?

Avant d'entendre la réponse, Monsieur Moeschler, j'aimerais encore rappeler l'origine de cette intervention. Lors de la discussion des comptes, déjà en 2009 puis en 2010, il a été débattu de l'avenir des quatre homes municipaux, ceci également avec le Monsieur Moeschler. Avec l'entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2011 de la loi fédérale sur le nouveau régime de financement des soins, les homes privés et publics sont traités de la même manière et doivent adapter leur système comptable en conséquence. Mais cela n'est pas suffisant, car le paysage actuel dans le domaine des institutions de santé est en pleine mutation, celui des homes également. Il s'agit donc de donner les moyens à nos quatre institutions de continuer à fournir les meilleures prestations possibles, afin que la population du 3^{ème} et 4^{ème} âge puisse être accueillie dans les homes de la Ville, tout en garantissant les meilleures conditions de travail aux employé(e)s de ces institutions. L'étude, qui est menée actuellement par le bureau H. Limacher Partner AG doit permettre d'étudier les différentes variantes possibles pour la gestion des homes municipaux, qui n'ont, actuellement, pas la même forme juridique. Le Conseil municipal assurera la responsabilité stratégique de cette étude et la solution choisie sera présentée au Conseil de ville et devra avoir ensuite l'aval du peuple. Dans quel délai est-ce prévu? La Commission de gestion soutient à l'unanimité la proposition du Conseil municipal et vous propose d'en faire autant.

Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne: La loi fédérale sur le nouveau régime de financement des soins pose un problème d'adaptation du financement des EMS. Le Groupe des Verts est d'accord avec la proposition du Conseil municipal. Mais, voici que revient de nouveau la forme juridique. Qui dit externalisation des installations, dit également externalisation du personnel. Le Groupe des Verts n'acceptera pas, que la Ville renonce à assumer ses responsabilités, vis-à-vis des pensionnaires et du personnel des homes. Environ 400 personnes travaillent dans les homes municipaux et ce sont souvent des personnes à bas revenus, qui font un travail pénible, qui demande autant de la force physique, que de la patience et des capacités d'empathie. La Ville de Bienne a la responsabilité de garantir à ce personnel

de bonnes conditions de travail, lui permettant d'assumer ses tâches et une sécurité. La Ville de Bienne ne peut pas se délester de ce personnel et externaliser l'exploitation des homes. Le Groupe des Verts affirme clairement, qu'il se battra contre toute externalisation ou privatisation de l'exploitation des homes pour personnes âgées. En ce qui concerne les bâtiments, nous attendons de voir quelles seront les propositions du Conseil municipal.

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Die Fraktion Forum ist froh, dass die Frage über die zukünftige Rechtsform der städtischen Altersheime von der GPK gestellt wurde. Sie dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung dieses Postulats. Mit der neuen Pflegefinanzierung ist es tatsächlich so, dass die Heime eine grössere Autonomie erhalten. Zudem findet ein Paradigmenwechsel statt: man kommt von der Idee ab, dass Altersversorgung eine Gemeindeaufgabe sei. Die Fraktion Forum ist gespannt darauf, welche Lösung der Gemeinderat vorschlagen wird. Eigentlich bestehen bereits entsprechende Organisationsformen. Die Fraktion Forum teilt die Meinung, dass die getroffenen Zwischenlösungen sinnvoll sind. Damit können Heime Reserven bilden und Investitionskostenbeiträge werden ihnen direkt gutgeschrieben. Die Fraktion Forum unterstützt dieses Postulat.

Wiederkehr Martin, SP: Ich spreche als Präsident der Spitex Biel-Bienne Regio. Die Alterspflegeversorgung ist nicht mehr eine Frage einzelner Gemeinden. Spitex hat seit 1. Januar 2011 keinen Leistungsvertrag mit der Stadt, sondern direkt einen mit dem Kanton. Das macht Sinn, denn heute muss das Angebot die Gesundheitsversorgung für die ganze Region umfassen. Würde die Planung nur für die aktuell in Biel wohnhafte Bevölkerung gemacht, würde ausser Acht gelassen, dass der Bieler Raum für ältere Leute sehr attraktiv ist und dementsprechend viele vom Land in die Stadt ziehen. Es stellt sich daher beispielsweise die Frage, ob das Altersheim in Worben ausgebaut werden sollte, oder ob doch in Biel mehr Pflegeplätze angeboten werden sollen, denn auch ältere Menschen ziehen heute mehr um. Dies beobachte ich auch in meinem persönlichen Umfeld: die 70-Jährigen verlassen ihre Einfamilienhäuser mit Garten, überlassen diese ihren Kindern und ziehen in eine Wohnung in der Stadt. Die Bieler Spitex muss sich personalmässig entsprechend darauf einrichten. Ein regionales Denken und eine regionale Vernetzung sind unabdingbar.

Welche Organisationsform ist nun die richtige? Auf Kantonsebene musste sich auch Spitex diese Fragen stellen: eine AG, ein Verein, eine Stiftung? Eine Antwort zu geben, ist nicht so einfach. Deshalb ist es wichtig, das vorliegende Postulat erheblich zu erklären. Es muss genau geprüft werden, welche Rechtsform Sinn macht, zumal die Tarife von Spitex, Altersheimen und Spitälern zum Teil sogar vom Bund vorgegeben werden. Die Gemeinde kann nicht mehr viel dazu sagen, was ich etwas schade finde. Gleichzeitig kann sie diese Aufgaben aber auch nicht mehr alleine wahrnehmen, da sie die Region betreffen. Seit ich Präsident der Spitex bin, musste ich mich intensiv mit diesem Thema befassen und unterstütze deshalb dieses Postulat.

Ogi Pierre, PSR: Étudier ce postulat veut dire l'accepter. Au lieu de savoir comment la Ville de Bienne va gérer les homes, une étude sera faite pour voir comment ils pourront être externalisés. Ces homes sont situés à Bienne et ils sont extrêmement bien gérés. Les subventions seront aussi perçues si la l'Administration biennoise gère ces homes. Il suffit d'avoir un petit changement pour dire: la Ville de Bienne ne peut plus gérer ces homes! C'est le même combat pour ESB. Mais, pour ESB il y a une

excellente nouvelle, c'est que le Directeur s'en va! On pense, que si des institutions sont privatisées, ce sera mieux. Ce ne devrait pas être un postulat, mais le travail de la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture, qui devrait étudier les possibilités, sans demander des expertises externes! Le personnel des homes s'identifie à la Ville et à leur travail. Si les homes sont externalisés, cela ne sera plus la même chose. Je refuse d'entrer en matière sur ce postulat et je refuserai de l'adopter. J'espère, qu'il ait quelques personnes, qui auront le courage de me suivre.

Nicati Alain, PRR: Je ne crois pas, qu'il faut suivre l'idée de base de Monsieur Ogi, avant même de savoir, comment on pourrait le faire. La situation est beaucoup plus compliquée - Monsieur Wiederkehr l'a très bien exposée. Il faut suivre la proposition du Conseil municipal et ne pas décider, que la solution de garder les homes est la seule valable.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: Ce n'est pas très souvent que l'on parle des EMS au Conseil de ville. Des directeurs de homes (Madame Monnier, Messieurs Stähli et Graber, ainsi que Monsieur Bohnenblust) sont présents à cette séance et je voudrais, à cette occasion, les remercier de leur présence, mais aussi de leur travail quotidien, qui est un travail très dur et si important pour notre population biennoise. La Ville de Bienne se préoccupe, depuis quelques années, de la politique du 3^{ème} âge. Un rapport sur la politique du 3^{ème} âge a été réalisé depuis quelques années. Ce rapport a évalué les besoins dans ce domaine et à la suite de ce rapport, une déléguée (Madame Abati) au 3^{ème} âge a été engagée pour deux ans, pour mettre sur pied des projets. Au même moment, le besoin en soins stationnaires a aussi été évalué. Lorsque ce travail a été terminé, la Ville de Bienne a constaté qu'il fallait cesser de considérer la politique du 3^{ème} âge comme une tâche uniquement municipale, mais qu'il fallait élargir la réflexion à toute la région. Un projet a été lancé par l'association seeland.biel/bienne, qui a fait l'inventaire des besoins et qui est arrivée à un certain nombre de conclusions.

Une des questions qui se posent maintenant, c'est comment ces choses-là doivent être mises en oeuvre. Qui construit, rénove, gère et investit dans les homes? Normalement, la réponse est de dire: ce sont des associations privées, des sociétés anonymes ou des fondations. Ce ne sont pas forcément les communes. La nouvelle loi ne considère plus cela comme une tâche communale. Puisque le cadre légal a changé, il faut la Ville s'interroger: est-ce vraiment la bonne solution? L'objectif du Conseil municipal, c'est de faire en sorte, d'avoir à Bienne les meilleurs homes possibles pour notre population, dans lesquels le personnel soit traité de la meilleure manière possible. Le DFPC est au début d'une réflexion et il s'agit de décrire l'éventail des possibilités, pour qu'ensuite le Conseil municipal et le Conseil de ville prennent un choix stratégique. C'est vous, Mesdames et Messieurs, qui prendrez ce choix stratégique. Monsieur Ogi, la décision n'est pas encore prise, je tiens à le dire ici. Ce matin, une séance avec les experts a eu lieu. Pour répondre à Madame Morier-Genoud, le rapport est prêt. Mais, une question aussi sensible que celle-là demandera vraisemblablement plusieurs passages au Conseil municipal. C'est dans le courant de cet été qu'une option sera prise, pour être ensuite soumise au Conseil de ville en automne. Monsieur Ogi, la démarche intellectuelle consiste à se dire: quelles sont les variantes possibles?

On verra ensuite, en fonction des critères, que vous définirez, quelle est le meilleur choix pour la population âgée de cette ville et de cette région.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat gutgeheissen.

89. Motion 20100306, Pablo Donzé, Fraktion Grüne Biel, "Begrünte Dächer für die neuen Siedlungen mit Flachdächern"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Donzé Pablo, Les Verts Bienne: Je ne vais pas revenir avec des arguments techniques parce que la motion ne semble pas être contestée. Je vais juste préciser, que la végétalisation des toits plats n'exclut en aucun cas la pose de panneaux solaires. C'est en additionnant les efforts qu'on avance. Le Conseil municipal et j'en suis surpris, avance encore plus que moi, puisqu'il évoque une adaptation de la réglementation en matière de construction, sans que je la demande. Je remercie le Conseil municipal de soutenir la motion et je vous invite à en faire de même.

Löffel Christian, Fraktion Forum: Ich wohne seit über 10 Jahren unter einem begrünten, noch dichten Flachdach. Es handelt sich grundsätzlich um eine gute Sache. In der Fraktion gab es unterschiedliche Meinungen zu dieser Motion. Dabei ging es weniger darum, ob ein begrüntes Dach eine gute Sache sei, sondern mehr darum, ob die Motion zwingend die richtige Form für dieses Anliegen sei. Wird gefordert, dass Biel Flachdächer grundsätzlich begrünt, habe auch ich Bedenken, denn es gibt Situationen und Konstruktionen, bei welchen das begrünte Flachdach nicht sinnvoll ist. So gibt es beispielsweise bei Einkaufszentren. Konstruktionen also, welche keine Heizung, sondern nur Kühlung benötigen. Heute gibt es Flachdachabdichtungssysteme, welche weiss beschichtet sind, damit die Sonnenstrahlen reflektiert werden und dadurch weniger Energie für die Kühlung aufgewendet werden muss. Diese Dächer können auch für Photovoltaikanlagen genutzt werden. Grossmehrheitlich sind begrünte Flachdächer somit sinnvoll, aber nicht in jedem Fall. Die positiven Aspekte der Flachdachbegrünung hat Herr Donzé in der Motion erwähnt. Die Fraktion Forum ist trotzdem geteilter Meinung, was die Form des Vorstosses anbelangt. Für die Mehrheit wäre der Vorstoss als Postulat einzureichen gewesen, damit niemand zur Flachdachbegrünung gezwungen werden kann.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat gutgeheissen.

90. Postulat 20100310, Teres Liechti Gertsch, Fraktion SP, "Kampf dem illegalen Müll"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Sermet-Nicolet Béatrice, au nom du Groupe socialiste: Ce sujet a fait la Une de la Presse récemment, puisqu'une étude de l'Office fédéral de l'environnement montre, que les coûts totaux du littering (un mot bien français...), pour l'ensemble de la Suisse, s'élèvent à environ 200 mio. fr. par année. Dans son postulat, Madame Liechti Gertsch évoque deux aspects de la gestion des déchets: l'élimination illégale de déchets sur la voie publique, pour éviter de payer la taxe au sac et l'éparpillement de déchets (littering). J'invite les membres du Conseil de ville à aller se promener au bord du lac, le lendemain de manifestations, c'est édifiant!

Dans sa réponse, le Conseil municipal indique, que le maintien de l'ordre et de la propreté en Ville fait partie de sa stratégie visant à combattre le sentiment subjectif d'insécurité. Il propose donc, de mettre en place les mesures proposées par Madame Liechti Gertsch, à l'exception du point 4 du postulat. Le Groupe socialiste souhaite cependant poser quelques questions au Conseil municipal, en vue de clarifier quelques questions. Dans sa réponse, le Conseil municipal évoque des mesures de prévention déjà prises:

- Ces mesures ont-elles permis de constater une amélioration de la situation?
- Quels sont les coûts dus à la création d'une unité spéciale?
- Comment ces coûts seront-ils couverts?
- Quelles seront les tâches dévolues à cette unité spéciale?
- Quels types de mesures répressives sont envisagées?
- Comment les auteurs de dépôts illégaux peuvent-ils être découverts ou appréhendés?
- Des mesures incitatives sont-elles aussi envisagées, afin que le droit à la propreté corresponde aussi à un devoir?
- Qu'en est-il des espaces verts et des forêts situées aux abords de la Ville? A-t-on également constaté, qu'il y a des déchets illégaux qui s'y trouvent? Ces espaces seront-ils aussi surveillés par cette unité spéciale?
- Concernant l'abandon de déchets dans la rue, une collaboration avec le SIP a-t-elle été envisagée?
- Ce service pourrait-il aussi jouer un rôle de prévention?
- Une déchetterie intercommunale pourrait-elle être envisagée? Serait-il possible de prévoir plusieurs lieux de dépôts de déchets et notamment un dépôt de déchets, où les citoyens et les citoyennes pourraient aller déposer des déchets (meubles, etc.), qu'ils ne souhaitent pas détruire, mais les offrir à des personnes qui souhaitent les prendre?
- En amont, serait-il aussi possible d'intervenir auprès des stands ou des commerces, qui proposent des repas à emporter dans des emballages à jeter, ce que l'on appelle en très bon français "Take away"?

Sachant que le Conseil municipal aura à coeur de proposer des mesures efficaces, le Groupe socialiste lui souhaite de ne pas négliger toutes formes d'encouragement à la population à se débarrasser de ses déchets, en proposant ces mesures incitatives. La brochure d'information concernant l'élimination des déchets, produite par la Ville de Bienne, peut être téléchargée sur internet. Elle est très complète, mais parfois fastidieuse à consulter. La Ville de Bienne pourrait aussi proposer, sur le site www.biel-bienne.ch, un moyen plus interactif et plus rapide de s'informer de quelle manière se débarrasser de ses déchets. Je tiens à souligner, que Madame Liechti Gertsch est satisfaite de la réponse du Conseil municipal et comme elle, le Groupe socialiste re-

mercie le Conseil municipal de sa réponse et du sérieux avec lequel il entend traiter ce problème.

Brassel Urs, Fraktion Forum: Die Fraktion Forum unterstützt dieses Postulat und bedankt sich bei Frau Liechti Gertsch für dessen Einreichung. Illegaler, überall herumliegender Müll nervt wahrscheinlich alle. Gemeinderat und Verwaltung kreierten Flyer, um die Bevölkerung zu sensibilisieren. Die Flyer sehen gut aus und werden der Bevölkerung per Post zugestellt. Es wird klar dargestellt, wie Müll korrekt entsorgt werden soll. Trotzdem gibt es Unbelehrbare, die sich nicht an die Regeln halten. Es zeigt sich, dass die Realität anders aussieht, und dass neben präventiven auch repressive Massnahmen notwendig sind, damit dieses Problem gelöst werden kann. Die Fraktion Forum ist gespannt auf die Umsetzung dieses Postulats. Wie die Vorrednerin bereits sagte, könnte doch innerhalb der städtischen Strukturen ein Spezialteam für diese Aufgabe gebildet werden, ohne dass Kosten generiert oder neue Stellen geschaffen werden müssen.

Die Fraktion Forum fragt sich ausserdem, ob ein neuer Entsorgungshof wirklich nötig ist. Dazu habe ich gerade selber einige Erfahrungen gemacht. In meinem Geschäft räumte ich den Keller auf und fuhr mit Abfallmaterial zur MÜVE. Dort kann vom Kühlschrank über den Staubsauger, Batterien, Elektroschrott, Karton, Computer und so weiter alles gratis abgegeben. Die Zufahrt ist praktisch und das Personal freundlich. Alles funktioniert bestens. Sind zusätzliche Ausgaben in der Höhe von CHF 250'000.- für einen neuen Werkhof wirklich notwendig? In der Antwort des Gemeinderats steht, dass der Standort MÜVE für den Werkhof aus verkehrstechnischen Gründen nicht möglich sei. Das sehe ich nicht so! Es sollte doch eine pragmatische Lösung geben, zumal nicht alle ihre Ware gleichentags und gleichzeitig entsorgen. Die Fraktion Forum freut sich, wenn dem illegalen Müll der Kampf angesagt wird und damit auch auf die Umsetzung des Postulats.

Rüfenacht Daphné, Fraktion Grüne Biel: Auch die Fraktion Grüne Biel unterstützt das Anliegen. Da es in Form eines Postulats eingereicht wurde, muss der Gemeinderat die vorgeschlagenen Massnahmen prüfen und anhand der Ergebnisse dieser Prüfung mögliche Umsetzungsvorschläge ausarbeiten. Die Fraktion Grüne Biel hat aber noch Fragen, insbesondere in Bezug auf das "Spezialteam". Welche Funktion wird dieses haben? Gibt es künftig in Biel eine Littering-SIP? Handelt es sich um eine neue Einheit oder ist das Team Teil des Strasseninspektorats? Was hat sich der Stadtrat grundsätzlich darunter vorzustellen?

Calegari Patrick, Fraktion BVP plus: Selbstverständlich hat auch die Fraktion BVP plus Freude an diesem Vorstoss. Danke Frau Liechti Gertsch, dass Sie Herrn Grob helfen, dieses Problem ernster zu nehmen. 2009 reichte Herr Grob einen ähnlichen Vorstoss ein (Postulat 20090315, Rigorose Massnahmen gegen illegale Kehrichtdeponie auf den Strassen), passiert ist aber nicht viel. Es wird zwar immer wieder darüber gesprochen, aber gleichzeitig auch alles auf die lange Bank geschoben. Immer noch sind die Strassen, insbesondere an den Wochenenden, stark vermüllt. Nun ist es Zeit, endlich zu handeln und etwas zu tun! Auch ich bin für Kommunikation und das Verteilen von Broschüren, Unverbesserliche müssen aber auch mit harter Hand angepackt werden können. Es gibt Personen, die keinen Anstand und keinen Respekt haben. Dagegen muss vorgegangen werden! Eine Erhöhung der Kehrichtgebühr nützt da nichts. Es ist falsch, wenn die Allgemeinheit wegen eines kleinen Prozent-

satzes von Personen, die sich nicht benehmen können, leiden muss. Die Stadt kann gut etwas härter mit Personen umspringen, die schummeln und keinen Respekt zeigen. Ich hoffe, dass auf das Postulat von Frau Liechti Gertsch nun Taten folgen.

Wiederkehr Martin, SP: Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort. Das Thema ist ernst zu nehmen. Ich bin häufig in Bern unterwegs und kann feststellen, dass Biel mit diesem Problem nicht alleine dasteht. Darüber bin ich froh. Auch andere Städte wie beispielsweise Luzern kennen die Müllproblematik, es gibt sie wohl in jeder Stadt. Auch hat jede Stadt ihr eigenes Modell, wie ihr beizukommen ist. Vielleicht täte es gut, in dieser Hinsicht über die Stadtgrenze hinaus zu schauen. Auf der Homepage der Stadt Bern gibt es einen Hinweis zum Öko-Infomobil. Dieses kommt in die Quartiere und informiert auf den Strassen über die korrekte Müllentsorgung. Wie die Polizei Sicherheit vermittelt, vermittelt dieses Fahrzeug in den Quartieren die korrekte Abfallentsorgung. Es hat ziemlich grossen Erfolg, weil es auch bei der Bevölkerung präsent ist und nicht nur Flyer verteilt, sondern Müll auch direkt abgegeben werden kann. Die Bevölkerung kann sich also gleichzeitig informieren wie vor Ort Müll abgeben. Das Fahrzeug hat einen regelmässigen Fahrplan und die Bevölkerung weiss, wann es in ihr Quartier kommt. Ich denke, dies wäre auch für Biel ein mögliches Instrument. Es wäre zum Beispiel möglich, dass die gleichen Angestellten, die am Sonntag Morgen den Strandboden aufräumen, schon am Samstag Abend mit einem kleinen Müllanhänger unterwegs wären und die Leute direkt ansprechen. So müssten sie nur herumfahren und die Leute würden den Abfall selber in die dafür vorgesehenen Behälter werfen. Die Kosten vom Sonntag Morgen könnten dann eingespart werden. Sicher gibt es auch noch weitere Varianten. Ich bin jedenfalls der Meinung, dass die Entsorgungsteams auf die Bevölkerung zugehen müssen. Solche Modelle gibt es - wie gesagt - bereits.

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Ich danke für die gute Aufnahme des Postulats und der gemeinderätlichen Antwort. Der Gemeinderat will etwas tun und - soweit vorhanden - finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Die Probleme sind bekannt. Ich bin froh, dass Herr Wiederkehr erwähnte, dass Biel damit nicht alleine dasteht. Andere Schweizer Städte haben ähnliche Probleme. Herr Calegari, die Leute vom Werkhof sind sehr erfinderisch und tun etwas. Die Stadt ist nicht wegen den Angestellten des Werkhofs dreckig. Das Postulat soll also umgesetzt werden.

Es wurden konkrete Fragen gestellt. Was wurde bisher gemacht? Die Abteilung öffentliche Sicherheit hat eine Plakatkampagne lanciert, welche das Thema Abfallentsorgung aufnahm. Auch die SIP ist täglich unterwegs und interveniert in Fällen von Littering. In den Monaten Januar bis März intervenierte sie gar 67 Mal. Vermutlich ging es auch im April und Mai so weiter. Auch die Angestellten der Kehrrechner stellen täglich Verstösse fest, welche teilweise auch zu Anzeigen führen. Die Mitarbeitenden versuchen aber zuerst, die Täter zu eruieren und schreiben sie an. Dabei handelt es sich jedoch um eine sehr komplexe Angelegenheit. Was würde ein Spezialteam, bestehend aus Leuten des Strasseninspektorats und der Sicherheitsdirektion kosten? Eine Stelle bei der Sicherheitsdirektion und zwei Stellen beim Strasseninspektorat müssten hierfür vorgesehen werden. Personal ist natürlich nicht zum Nulltarif zu haben. Allein die beiden Stellen beim Strasseninspektorat inklusive Maschinen und Nebenkosten kosteten jährlich ungefähr CHF 200'000.-, würden allerdings über die Kehrrechnung abgerechnet. Ziel dieser Spezialeinheit wäre es, illegal entsorgte Abfälle fest- und sicherzustellen, die Täterschaft zu eruieren, Anzeige

zu erstatten und allenfalls Gespräche mit der Hauseigentümerschaft zu führen. Es ist sehr komplex, solche Sachverhalte festzustellen. Natürlich regt es einen auf, wenn auf den Strassen illegal Müll entsorgt wird. Viel schwieriger ist es aber, herauszufinden, wer ihn dort deponiert hat. Dazu ist ein detektivisches Vorgehen nötig. Dann müsste aber auch noch dafür gesorgt werden, dass sich die Hauseigentümerschaft vermehrt um ihre MieterInnen kümmert. Deshalb müsste das Strasseninspektorat auch eng mit der Sicherheitsdirektion zusammenarbeiten. Ich denke, dass Repression tatsächlich etwas bringen würde. Wird eine Anzeige erstattet, muss die Stadt aber erst vor den Richter und dort dafür sorgen, dass kein Freispruch erfolgt. Die wahre Sisiphusarbeit ist aber, die Täterschaft zu finden und zu stellen. Diese Spezialeinheit könnte zudem die Wälder überwachen, wenn die notwendigen Mittel dazu vorhanden wären. Ich wiederhole, dass nur eine Zusammenarbeit zwischen SIP und Strasseninspektorat zum Erfolg führen wird. Die Angestellten des Strasseninspektorats sind engagiert und Willens, etwas zu unternehmen. Auch die MitarbeiterInnen der Kehrichtentsorgung regen sich über illegal deponierten Müll auf, nicht zuletzt deshalb, weil sie teilweise angegriffen werden, wenn sie diesen nicht sofort entsorgen. Gerade das wäre aber ein falsches Zeichen und würde viele dazu verleiten, noch mehr Abfall illegal zu deponieren.

Biel und die MÜVE waren an sich guten Willens, einen Entsorgungshof bei der MÜVE zu realisieren. Die Stadt wollte für dieses gute Projekt sogar ungefähr CHF 200'000.- ausgeben. Daraufhin wurde aber die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Verkehrsanlagen geprüft. Leider ergab diese Prüfung, dass der Entsorgungshof vom eigenen Erfolg überrollt worden wäre. Ähnliche Konstellationen wurden zum Vergleich herangezogen. Es müsste mit täglich 1'200 Anlieferungsfahrten aus dem ganzen Seeland gerechnet werden. Dadurch ergäbe sich ein Rückstau bis zum Kreisel und der Verkehr würde zusammenbrechen. Es hätte ein Fahrtenkontingent eingeführt werden müssen. Aus diesen Gründen musste das Projekt abgebrochen werden. Die Idee ist aber nicht gestorben. Vielleicht wäre ein Entsorgungshof im Bereich Werkhof möglich, sofern die vorhandenen Mittel ein solches Vorhaben erlaubten. Ein Entsorgungshof ist gut, aber er muss bewacht werden. Also braucht es auch Manpower. Wie gesagt, will der Gemeinderat etwas tun. Im nächsten Budget werden Mittel dafür freigestellt werden. Ich bitte daher den Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Calegari Patrick, BVP: Herr Klopfenstein gab mir das Stichwort: selbstverständlich möchte ich der ganzen Equipe der Kehrichtabfuhr ein grosses Kompliment aussprechen. In meinem hitzigen Votum von vorhin vergass ich das. Sie leistet grossartige Arbeit und gerade deswegen macht mich der illegale Müll wütend. Er zeugt von mangelndem Respekt gegenüber denjenigen, welche tagtäglich die Bieler Strassen sauber halten. Ich spaziere häufig am Sonntag Morgen durch die Nidaugasse. Dort läuft am Sonntag Morgen nichts, aber sie ist sauber, obschon am Samstag Abend dort viel Trubel herrschte. Wenn ich in der blauen Zone die Parkzeit überschreite, habe ich ein Delikt begangen und erhalte sofort eine Busse. Jemand muss auch für den illegalen Müll die Verantwortung übernehmen, beispielsweise die HauseigentümerInnen. Es ist zu einfach, zu behaupten, die Täterschaft hätte nicht eruiert werden können. Vielleicht können auf einer illegal deponierten Matratze auch DNS-Spuren festgestellt werden... *(Gelächter)*.

Sylejmani Ali, PSR: Monsieur Klopfenstein a mentionné, qu'il ne faut pas espérer un changement immédiat et significatif, même avec l'engagement d'une unité spéciale.

L'essai a aussi été fait dans d'autres villes. Si je prends la parole, c'est pour partager l'expérience de dix mois de présence au sein de la brigade du SIP. Il existe un grand travail de prévention. Certaines personnes sont déçues, mais ne sous-estimez pas l'espace, qui reste pour un travail préventif, pas seulement auprès des jeunes ou de certaines catégories de la population, où l'on peut sous-entendre qu'ils font plus de déchets que les autres, mais auprès de toutes les catégories de la population.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

91. Interpellation 20110048, Hans Ulrich Köhli, GLP, "Hauslieferdienst Biel"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Köhli Hans-Ulrich, GLP: Ich danke dem Gemeinderat für die Antworten. Wegen fehlender Grundlagen und Informationen stelle ich jedoch seine Objektivität in Frage und möchte dies gerne erläutern: In Biel gibt es seit Jahren die Möglichkeit, sich seine Waren nach Hause liefern zu lassen, auch solche, die man selber eingekauft hat. Dieses Angebot wird von den Geschäften meist selber organisiert. Der geplante Hauslieferdienst der Stadt wird diese Privaten entgegen der Auffassung des Gemeinderats direkt konkurrenzieren. Eine Zusammenarbeit mit dem privaten Velokurier und eine entsprechende Vereinbarung, wären deshalb sehr wichtig für ein gemeinsames Projekt, welches unter dem Namen "Der beste Hauslieferdienst" sogar auf nationales Echo stossen könnte. Der Velotaxibetrieb während der Expo hat gezeigt, dass sich Private über die Integration von Langzeitarbeitslosen durchaus erfolgreich betätigen können. Das vom Velokurier Lausanne gestartete Projekt Dring Dring ist in der Westschweiz sehr erfolgreich und soll jetzt auch in Freiburg starten. Dring Dring gibt es bereits in Lausanne, Yverdon, Neuchâtel und bald in Delémont und Freiburg. Jede Stadt betreibt diesen Dienst auf ihre eigene Weise. In Lausanne werden die Fahrten sogar durch das City-Management subventioniert, maximal für CHF 30'000.- pro Jahr.

Zu den Kosten: Als reine Start Up-Kosten sollen mindestens CHF 100'000.- ins Projekt fliessen. Ein Privater braucht für einen Start Up mindestens CHF 20'000.-, mit den von der Stadt vorgesehenen Start Up-Kosten könnten also fünf neue KMUs entstehen und bis zu 50 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Landschaftswerk hat 40 Beschäftigungsplätze und wird mit CHF 14'580.- pro Platz und Jahr (und nicht wie in der Antwort gesagt pro Monat!) von der Stadt subventioniert. Dies macht nochmals CHF 500'000.-. Damit könnten nochmals 25 KMUs geschaffen werden und gegen 250 nicht subventionierte Arbeitsplätze. Die Statuten und das Leitbild des Landschaftswerks verbieten eine Konkurrenzierung von privaten Anbietern. Mit dem Projekt Veloverleihsystem wird direkt in den Velomarkt eingegriffen. Viele Velowerkstätten befürchten eine Konkurrenzierung beim Verkauf von Neuvelos und bei Reparaturen, wenn dieses Projekt läuft. Schon der Velosammeldienst des GAD hat bewirkt, dass der Bieler Occasions-Velomarkt praktisch eliminiert wurde. Dass Velos, die vom GAD eingesammelt werden, jetzt in der Stadt zum Kauf angeboten werden, beweist die Dynamik solcher Beschäftigungsprogramme. Mit etwas Kreativität könnten die im Landschaftswerk Beschäftigten sinnvollerer Arbeiten nachgehen ohne be-

stehende Strukturen zu konkurrenzieren. Ich denke an das vorhin angesprochene Litteringproblem, die Betreuung von älteren pflegebedürftigen Menschen und vieles mehr. Wie die vorhandenen Fakten zeigen, war der Velokurier immer bereit, die Stadt als Konkurrenz zu akzeptieren, allerdings unter der Bedingung, dass der bereits bestehende Hauslieferdienst nicht konkurrenziert wird. Dies betrifft vor allem Blumen und Medikamente, welche besonders sorgfältig transportiert werden müssen. In Burgdorf machen diese Waren nicht einmal 5% der gelieferten Ware aus. Drei Mal wurde auf Initiative des Velokuriers eine solche Einigung angestrebt. Leider war aber von Anfang an klar, dass die Baudirektion, die Stadtplanung und City Biel-Bienne keine Vereinbarung mit dem Velokurier wollten oder eine solche so formuliert würde, dass sie stark in die laufenden Geschäfte des Velokuriers eingegriffen hätte. Schade, denn ich bin davon überzeugt, dass eine Zusammenarbeit für Biel eine super Lösung bedeutet hätte. Jetzt wird es ab Herbst zwei Systeme geben und der Gemeinderat wird sich fragen müssen, ob dies sinnvoll ist.

Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne: Cette interpellation a eu un avantage: j'ai appris qu'un projet de service de livraisons à domicile existait en Ville et par la même occasion la création d'un programme pour les chômeurs de longue durée. Je trouve, que c'est une très bonne idée. Je ne sais pas pourquoi la collaboration entre CourrierVélo et le Département de l'urbanisme n'a pas fonctionné et il est difficile de juger la question. Je pense que la Ville travaille depuis longtemps avec "Action Paysage Bienne-Seeland" dans la réinsertion sociale. Le travail de réinsertion sociale est professionnel. Dans ce projet, il ne s'agit pas de faire des profits, il s'agit d'offrir une prestation bon marché à des personnes ayant besoin d'aide pour transporter leurs achats et qui ne pourrait pas le faire à des prix très élevés et cela permet aussi la réinsertion d'autres personnes. Je trouve que c'est un bon projet pour la Ville et j'aimerais aussi soutenir ce projet. À la lecture de cette interpellation, il y a quand même une certaine gêne. C'est sûr, que l'on est toujours mieux servi que par soi-même, mais je trouve que le Conseil de ville ne devrait pas être le théâtre de situation, où il y a des conflits d'intérêts entre le service privé et le service public. Il faudrait mieux mesurer les conflits d'intérêts, avant le dépôt de telles interventions

Blösch Paul, Fraktion Forum: Bei aller Sympathie gegenüber Herrn Köhli und seinem Betrieb ist die Fraktion Forum der Meinung, dass ein Vorstoss, in welchem der Interpellant dermassen involviert ist wie beim vorliegenden, sehr heikel ist. Das Recht haben alle, es liegt aber sicher eine grosse Befangenheit vor. Die aufgeworfenen Fragen sind korrekt und die Beantwortung durch den Gemeinderat sind aus Sicht der Fraktion Forum nachvollziehbar und informativ. Nach ein paar wenigen Nachfragen kann die Fraktion Forum nachvollziehen, wie es zu der vorgeschlagenen Lösung mit der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landschaftswerk kam. Die Fraktion Forum bedauert, dass zwischen Velokurier und Stadt keine Einigung erzielt werden konnte. Offensichtlich waren die Vorstellungen zu den Tarifen dermassen unterschiedlich, dass eine Einigung nicht möglich gewesen war. Wenn sich zwei nicht finden, bleibt nur der Weg des Alleingangs. Bei allen Projekten des Landschaftswerks und anderer ähnlicher Institutionen stellt sich die Frage, wie weit sie gehen können und wo ernsthafte Konflikte mit privaten Anbietern entstehen. Diese können nie ganz ausgeschlossen werden. Auch die Idee von Herrn Köhli, dass Senioren durch das Landschaftswerk betreut werden könnten, konkurrenziert sofort Private. Gleiches gilt für Putzaufträge. Konkurrenzsituationen können nie restlos ausgeschlossen werden. Da die Integrationsprogramme des Landschaftswerks eine gute Sache sind, ist eine In-

teressensabwägung nötig. Ich bin der Meinung, dass diese Programme so gut sind, dass sie von der Stadt auch unterstützt werden sollten, auch wenn Private teilweise betroffen sind. Das Kerngeschäft des Velokuriers wird durch das Projekt Hauslieferdienst nicht tangiert. Deshalb ist die Fraktion Forum der Meinung, dass die Zusammenarbeit der Stadt mit dem Landschaftswerk verantwortbar ist. Sie akzeptiert die Antwort des Gemeinderats.

Pichard Alain, GLP: Die Fraktion GLP ist mit diesem Geschäft nicht zufrieden und übrigens auch nicht mit Herrn Köhli. Es kann nicht die Aufgabe des Staates sein, eine Tasche voller Einkäufe auf Staatskosten heimzutransportieren und diesen Vorgang mit einem Ökomäntelchen zu versehen. Am Schluss erhalten alle, die zu Fuss in die Stadt gehen, einen Kaffee offeriert...?! Das geht zu weit und kann nicht eine Priorität dieser Stadt sein. Es müssten vielmehr Förderprogramme bezahlt und der Integrationsartikel umgesetzt werden, bereits für Assistenzlehren ist aber kein Geld mehr vorhanden. Diese Anliegen finde ich wichtiger für Biel! Deshalb wäre die Fraktion GLP auch gegen eine Subventionierung von Herrn Köhlis Projekt. Zudem ist es natürlich heikel, wenn ein Unternehmer Vorstösse im eigenen Interesse einreicht. Das weiss Herr Köhli aber. Er ist ein ganz spezieller Unternehmer, der einen ökologischen Betrieb auf die Beine stellte. Als Idealist tut er auch enorm viel für andere und muss jeden Tag neu disponieren und schauen, wo er Einnahmen generieren kann. Herr Köhli beschäftigt 13 Mitarbeitende und er hat auch Erfahrung mit der Integration von sogenannten Randständigen. All dies macht er. Dann kommt plötzlich die Stadt und konkurrenziert sein laufendes Hauslieferdienst-Projekt. Das finde ich ausserordentlich störend. Wenn ich daran denke, wie die städtischen Angestellten oder ich für unsere Interessen kämpfen, denke ich, wir müssen ihm dies nachsehen. Herr Köhli verdient übrigens wesentlich weniger als ich, das muss auch gesagt sein. Er ist, wie gesagt, ein Idealist und ich bitte Sie, ihn nicht an zu strengen Massstäben zu messen. Nochmals in Kürze: die Fraktion GLP ist gegen solche Projekte.

Grivel-Pierre-Yves, PRR: Cette interpellation a fait des vagues dans l'Administration et dans la Presse, pas seulement par son contenu, mais aussi par le fait, qu'elle concerne un collègue du Conseil de ville et son entreprise. Je trouve cette situation délicate pour lui et il y a un conflit entre le privé et l'entreprise. Ce n'est pas très bon! Cette interpellation fait suite à une tentative de collaboration d'un service de livraisons à domicile, en 2008, avec un échec. Un nouveau projet voit le jour en 2010, avec de nouveau une tentative du Département de l'urbanisme, pour une participation à un nouveau concept, avec un nouvel échec. Le dialogue passe, mais pas les arrangements. Aujourd'hui on sait, malheureusement pour Monsieur Köhli, que la décision définitive est tombée et qu'il n'y aura pas une collaboration avec CourrierVélo. C'est dommage, diront certaines personnes et c'est normal, diront d'autres. C'est la loi du commerce et de l'entreprise. La Ville promet, qu'il n'y aura pas de concurrence avec CourrierVélo. La Ville veut un service, qui apporte des avantages sociaux, économiques et écologiques. Elle aimerait travailler avec un modèle, qui engage des chômeurs de longue durée et ceci dans l'idée, avec le Canton, d'une aide à l'insertion sociale et professionnelle. C'est une bonne chose et je crois que tout le monde reconnaît le bien-fondé de cette activité.

Monsieur Köhli, je vous comprends, vous défendez vos propres intérêts et Monsieur Pichard vient de dire, à quel point vous vous engagez pour votre entreprise. C'est normal et c'est très louable, mais peut-être que l'endroit ici est mal choisi pour qu'on

en parle. Je reçois mon salaire à la fin du mois, parce que je suis fonctionnaire et vous, vous devez vous battre avec votre entreprise, pour organiser vos salaires et vous connaissez très bien les mécanismes économiques. C'est le constat qu'on peut faire. Une chose où je reste convaincu, car j'ai eu l'occasion de discuter avec quelques personnes, les transactions avec les partenaires ont échoué, mais il n'y a pas de complot ou de règlement de comptes. Vous n'avez, tout simplement, pas trouvé un arrangement valable pour toutes les parties. Je ne pense pas que le FDP est responsable de cet échec, comme on a pu le lire dans la Presse. Pour moi, il s'agit simplement d'un contrat qui n'a pas été signé entre vous, c'est tout!

Wiher Max, GLP: Ich habe volles Verständnis dafür, dass die linke Ratshälfte dieses Projekt unterstützt, birgt es doch eine soziale und integrierende Komponente. Dass aber auch die rechte Ratshälfte dieses Projekt unterstützt, kann ich kaum verstehen. Ich finde es auch seltsam, dass diese Idee aus den Reihen der FDP kommt. Als Grünliberaler verstehe ich Liberalismus anders. Für mich gehört die Privatwirtschaft nach Möglichkeit in den Vordergrund. Dass überall soziale Integrationslösungen gesucht werden, selbst von der Rechten, ist für mich sehr erstaunlich.

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Wie ich festgestellt habe, ist Herr Köhli von der Antwort nicht befriedigt. Ich könnte wohl noch lange reden und er wäre immer noch nicht befriedigt, zumal er ja mit diesem Vorstoss auch private Interessen vertritt. Zu meiner Ehrrettung, auch wenn ich damit den liberalen Pfad wohl endgültig verlasse, möchte ich erklären, warum dieses Projekt überhaupt angegangen wurde. Es gibt drei Handlungsfelder: erstens will die Stadt den Langsamverkehr fördern. Dafür besteht sogar eine Spezialfinanzierung. Zweitens geht es um die Attraktivierung der Innenstadt. Aus diesem Grund macht auch das City-Gewerbe mit, darunter sicher auch bürgerlich denkende Personen. Drittens handelt es sich um ein Beschäftigungsprojekt für Langzeitarbeitslose. Werden diese drei Handlungsfelder zusammengefasst, entsteht mit dem Hauslieferdienst ein Service Public, welchen ich vertretbar finde. Was Ihr liberales Manifest anbelangt, Herr Pichard, wiederhole ich, dass die Stadt keine Privaten konkurrenziert. Vielmehr wird ein neuer Hauslieferdienst organisiert, etwas, das es in Biel noch nicht gibt. Beim Hauslieferdienst können keine Bestellungen aufgegeben werden. Die Stadt setzt etwas um, das es noch nicht gibt und dies im Interesse von Gewerbe und Innenstadt. Natürlich kann gesagt werden, es gebe eine Querfinanzierung via Landschaftswerk. Aber das Landschaftswerk ist eine gute Sache und wird auch vom Kanton subventioniert. Die Mitarbeitenden des Landschaftswerks müssen beschäftigt werden. Natürlich existiert immer eine kleine Reizschwelle, wonach vielleicht ein Privater konkurrenziert werden könnte. Ich glaube aber, beim vorliegenden Projekt ist dies zu verantworten. Eine Hauslieferung wird CHF 3.- kosten. Das ist für die KundInnen tragbar. Sind die Kosten höher, wird niemand diesen Dienst in Anspruch nehmen. Deshalb bin ich der Meinung, dass Herrn Pichards liberales Manifest kein Widerspruch zum Bieler Projekt darstellt. Lassen wir dieses Projekt anlaufen! Herr Köhli, die Stadt war nicht gegen eine Zusammenarbeit mit dem Velokurier (vielleicht ist ja die Türe noch nicht zugeschlagen...). Der Velokurier wurde eingeladen, eine Offerte einzureichen. Eine solche ist aber innert der gebotenen Frist nicht eingetroffen. Deshalb startet die Stadt nun mit einem eigenen Projekt. Ob es erfolgreich sein wird, wird sich zeigen.

Köhli Hans-Ulrich, GLP: Der Velokurier seinerseits wird kommenden Juni ein eigenes Projekt starten, dasjenige, welches er der Stadt 2008 vorschlug. Dieses hat die

gleichen Tarife wie das Projekt der Stadt und integriert ebenfalls Arbeitslose. Ab Herbst wird Biel also über zwei Hauslieferdienste verfügen...

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Bei der Sammlung für den Robinsonspielplatz kamen CHF 251.- zusammen. Nun lade ich alle herzlich ein zum Apéro und wünsche allen einen schönen Abend.

92. Neueingänge

20110196 **Postulat Christian Löffel, EVP**

Optimales Lüften – Heizenergie einsparen

Aération optimale – Économies d'énergie de chauffage

BAU

BSK, SID

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 21.05 Uhr / *heures*

Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:

Thomas Lachat

Die Ratssekretärin / *La secrétaire parlementaire*:

Regula Klemmer

Protokoll:

Katrin Meister

Lilian Stähli

Procès-verbal:

Claire-Lise Kirchhof